PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 20. Dezember 1916. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Fiasko.

Das amerikanische Bundesreserveamt hat an die amerikanischen Banken eine Warnung ergehen lassen, sich weiter an auswärtigen Anleihen zu beteiligen. Da bisher insgesamt 1933 Mill. Dollar, also rund acht Milliarden Mark, Anleihen während des Krieges an das Ausland gegeben wurden, von denen nur etwa 20 Mill. Dollar nach Deutschland gingen, während die Verbündeten und die englischen Kolonien insgesamt rund 1850 Mill. Dollar empfingen, so bedeutet diese Warnung des amerikanischen Bundesreserveamts eine ausdrückliche Warnung vor den Anleihen der Entente, insbesondere vor den Anleihen Englands. Das Bundesreserveamt, das eine Behörde der Vereinigten Staaten darstellt, steht wie alle amerikanischen Behörden gewiß nicht im Verdacht der Englandfeindlichkeit. Die Warnung ist denn auch durchaus auf rein pflichtgemäßen banktechnischen Erwägungen aufgebaut. Ausgehend von der Form als Schatzwechsel und Bonds, die die Entente-Anleihen bisher in Amerika gehabt haben, heißt es in dem amerikanischen Schriftstück: „Die jüngste Anleiheform faßt das Amt tatsächlich so auf, daß man erwartet, diese Anleihen in erster Linie bei den Banken unterzubringen. In der Tat erscheint die Anleiheform so verlockend, daß, wenn man keine weiten Gesichtspunkte ins Auge faßt, die einzelnen Banken leicht versucht sein könnten, so große Summen darin festzulegen, daß sich die auf solche Weise festgelegten Bankmittel des Landes auf viele Hunderte von Mill. Dollar belaufen würden. Wenn die Darlehen kurzfristig in der Form sein mögen und ihre Einlösung bei Verfall erfolgen mag, so muß doch die Absicht des Darlehensnehmers die sein, die Darlehen allesamt zu erneuern mit dem Endergebnis, daß der gesamte hier untergebrachte Betrag bestehen bleibt bis zu dem Zeitpunkt, wo die Darlehen vorteilhaft in langfristige Verpflichtungen umgewandelt werden können. Es würde sich daher als Folge ergeben, daß die flüssigen Mittel unserer Banken, die für kurze Kredite an unsere Kaufleute, Fabrikanten und Ackerbautreibenden verfügbar sein sollten, der Gefahr ausgesetzt wären, in verhältnismäßig großem Umfange für andere Zwecke in Anspruch genommen zu werden ... Das Amt hält es daher für seine Pflicht, die beteiligten Banken zu warnen und ihnen zu sagen, daß das Amt im gegenwärtigen Augenblick es nicht als dem Wohle des Landes förderlich ansieht, daß die Banken ihre Gelder in fremden Schatzwechseln dieser Art anlegen."

Das ist rein sachlich ein schwerer Schlag für England. Denn gerade jetzt rüstete sich das englische Schatzamt, mit Hilfe seiner Agenten des Bankhauses Morgan eine neue Anleihe in den Vereinigten Staaten zu begeben. Und Morgans Partner, Herr Davisson, hatte bereits alles in die Wege geleitet, um der neuen Anleihe eine günstige Aufnahme in den Vereinigten Staaten zu bereiten. Er war zu diesem Zweck nach seinem Empfang beim König Georg direkt zu Wilson geeilt und hatte diesem über die Angelegenheit eingehend Vortrag gehalten. Es

ist ihm aber nicht gelungen, das Bundesschatzamt umzustimmen. Das Amt nimmt vielmehr auf zwei Argumente Bezug, mit denen Herr Davisson jetzt wieder operierte, nachdem er früher schon damit günstige Erfolge erzielt hatte. Zunächst hatte man früher schon die amerikanischen Bürger mit dem Vorwand günstig für die Uebernahme amerikanischer Anleihen gestimmt, daß anderenfalls die Ausdehnung der Geschäfte nach Europa leiden könnte. Dem gegenüber sagt das Bundesamt: „Wir haben nicht zu befürchten, daß unser Geschäftsverkehr merklich abfallen wird, wenn wir gegenüber Anleihen zurückhaltender werden; denn es gibt noch Hunderte von Mill. unserer eigenen und fremden Werte im Ausland, die unsere Kapitalisten froh sein sollten, zu übernehmen. Im übrigen ist eine Steigerung des Geschäftsverkehrs auch nach anderen Richtungen hin möglich.“ In dieser Erklärung liegt doch noch etwas mehr, als der oberflächliche Betrachter darin zunächst sieht. Denn es kann dadurch sehr wohl die Erkenntnis zum Ausdruck gebracht werden, daß die Zeit der fettesten Kriegslieferungen infolge der angewachsenen englischen Eigenproduktion sowieso vorüber ist. Und es kann weiter darin der für Deutschland sehr wertvolle Hinweis liegen, daß Amerika sich nun wieder um sein friedliches Geschäft, d. h. um seinen europäischen und deutschen Export, kümmern solle, dessen Haupthindernis die englische Kriegführung auf der See ist.

In der Beweisführung des Herrn Davisson spielte aber noch eine heikle Münzfrage eine Hauptrolle. Er verbreitete nämlich im Bunde mit Gesinnungsfreunden die Auffassung, daß der amerikanische Exportüberschuß, der während des Krieges sich auf über drei Milliarden Dollar belief, die große Gefahr einer Goldüberschwemmung an sich bergen würde, falls dieser ganze Ueberschuß in Gold hätte bezahlt werden müssen. Statt dessen hat Amerika nur rund 750 Millionen Dollar Gold bekommen, etwa zwei Milliarden Dollar an amerikanischen Noten übernommen und rund eineinhalb Milliarden Dollar Anleihen nach Europa gegeben. Wenn es weiter nach Europa liefere, aber keine Anleihen gebe, so drohe eben die Gefahr der Goldüberschwemmung. Dieser Gefahr scheint das Bundesschatzamt aber furchtlos ins Auge zu blicken. Denn es setzt sehr kühl auseinander, daß die amerikanischen Banken zur Auffüllung ihrer Reserven, die endgültig erst für den November 1917 vorgesehen wären, jetzt schon durchaus Verwendung hätten, und ganz gut noch mehr Gold brauchen könnten.

Wenn alles dies schon recht unangenehm für die Entente und namentlich für England ist, so scheint mir aber das Unangenehmste zu sein, daß das Bundesschatzamt auch die Sicherheit der Anleihen bezweifelt. Es sagt nämlich, daß es zwar seines Amtes nicht sei, Privatkapitalisten zu warnen und ihnen gute Ratschläge zu erteilen, aber es möchte „den Kapitalisten nahe legen, darauf zu sehen, daß ihnen volle und maßgebende Anhaltspunkte namentlich dann gegeben werden, wenn es sich um Darlehen ohne besondere Sicherheiten handelt, damit sie im Lichte der jetzigen Lage und im Zusammenhang mit der früheren wirtschaftlichen Entwicklung die Zukunft mit Einsicht beurteilen können.“ Das scheint mir deutlich genug zu sein. Das Amt will damit sagen, daß die Anleihen der Entente lediglich auf dem Staatskredit Englands und Frankreichs beruhen, und daß die Grundlagen dieses Kredites eben sorgfältig geprüft werden müßten. Vor einem Jahr hätte man vermutlich die Chancen von englischen Anleihen in New York noch ganz anders beurteilt. Aber neuerdings wird man eben zusehends skeptischer, und man findet vielfach eine Sprache gegenüber England, die den Briten eben doch zu denken geben müßte. So hat z. B. der Herausgeber der New Yorker „Tribune“ erst neuerdings geschrieben: „Zu behaupten, daß die Anleihen Englands und Frankreichs unbedingt sicher sind, einerlei, was passieren wird, bedeutet nur zu behaupten, daß diese Länder nicht den Krieg fortzuführen gedenken, bis sie beide bankerott sind. Ihre Anleihen sind nur gut in der Voraussetzung, daß der Krieg nicht zu lange dauert und vorausgesetzt, daß sie nicht eine endgültige Niederlage erleiden.“

Ich möchte an dieser Stelle nicht aus solchen Worten und Anschauungen die Folgerungen ziehen, die sich daraus für die Absichten Amerikas ergeben, für den Frieden zu vermitteln. Jedenfalls stehen sie in Widerspruch zu der etwas großmäuligen Art, in der die englischen Politiker und die ganz toll gewordene englische Presse sich über das deutsche Friedensangebot äußern. Hier scheint es mir wichtiger, auf die Berechtigung der Zweifel hinzuweisen, die in Amerika immer lauter

werden. Ich habe ja des öfteren bereits über die englische Kriegsfinanzierung gesprochen und möchte über England nur noch ein paar Worte anfügen, die sich auf die letzte, im vorigen Jahr aufgelegte große $4^1/_2$%ige Kriegsanleihe Englands beziehen. Auf diese Anleihe sind insgesamt rund 18 Milliarden Mark gezeichnet worden. Davon waren rund $6^1/_2$ Milliarden Umwandlungen früherer Anleihen und Schatzscheine, so daß nur $12^1/_2$ Milliarden bares Geld neu in den englischen Schatz floß. Seitdem ist, wie erst neulich hier betont wurde, nicht wieder die großzügige Finanzierung einer Anleihe gelungen, und England hat, nachdem Amerika sich nun nicht mehr willfährig zeigt, sogar seine Zuflucht neuerlich wieder zur Aufnahme einer Anleihe in Japan nehmen müssen.

Viel trauriger aber liegen die Dinge in Frankreich. Nach den Angaben des Berichterstatters der Budgetkommission der französischen Kammer hat bisher im Durchschnit die tägliche Kriegsausgabe Frankreichs sich auf 75,7 Mill. Franken belaufen. Wie auch bei uns sind die Ausgaben zunächst natürlich niedriger, später höher geworden. Auf Grund der neugeforderten Kredite kann man berechnen, daß Frankreich jetzt mit einer täglichen Ausgabe von rund 96 Mill. Franken rechnen muß. Die Gesamtsumme der Kriegskredite beläuft sich seit Kriegsbeginn bis zum Märzschluß des nächsten Jahres einschließlich der Vorschüsse an die Verbündeten auf rund 76,5 Mill., die eine Zinslast von $2^1/_2$ Milliarden Franken jährlich bedeuten. Die Finanzierung ist derart, daß Frankreich von den bisher realisierten Krediten 21 Milliarden in schwebenden Anleihen, darunter rund 9 Milliarden im Ausland kontrahiert hat. Was das für Frankreichs Zukunft bedeutet, brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen. Auch bei Frankreich muß aber berücksichtigt werden, daß bei der letzten großen Anleihe nur ein relativ geringer Teil baren Geldes in die Schatzkammern geflossen ist. Nominell sind auf die letzte Anleihe etwas weniger als $11^1/_2$ Milliarden Franken gezeichnet worden. Da aber die Anleihe zu 85% aufgelegt wurde, so konnte im besten Falle der wirkliche Geldertrag dieser Anleihe nur rund 10 Milliarden Franken sein. Fünf Milliarden Franken wurden jedoch durch Umtausch von Bonds und Obligationen der Nationalen Verteidigung eingebracht. Mithin belief sich der Neueingang auf nur 5 Milliarden. Inwieweit aber dadurch der französische Staat wirklich neues Geld bekommen hat, ist zweifelhaft. Man darf nämlich annehmen, daß beinahe die Hälfte von den Einlegern der Sparkassen gezeichnet wurde. Die französischen Sparkassen sind aber bekanntlich Staatsinstitute, so daß indirekt auch früher schon das Geld dem Staate zur Verfügung stand, das ihm jetzt zur direkten Verwendung übergeben wurde. Angesichts dieses kläglichen Ergebnisses der französischen Kriegsanleihe ist es kein Wunder, daß der Notenumlauf der Bank von Frankreich allmählich schon wieder auf 16 Milliarden Franken angeschwollen ist. Aber das allein würde ja kaum etwas Bedenkliches an sich haben. Nur hat sich allmählich die innere Struktur der französischen Banknoten erheblich verschoben. Die Bank von Frankreich hatte ja bekanntlich sehr frühzeitig für den Krieg gerüstet, und es war ihr gelungen, bis zum Juli 1914 einen Goldvorrat von über 4 Milliarden Franken aufzustapeln. Erst langsam, dann immer schneller gelang es ihr, den Goldvorrat weiter zu vermehren, so daß sie schließlich Ende 1915 mehr als 5 Milliarden Vorrat besaß. Nach dem letzten Novemberausweis dieses Jahres war ihr Vorrat jedoch schon wieder auf 3,7 Milliarden Franken zusammengeschrumpft. Daneben wies sie allerdings noch rund $1^1/_4$ Milliarde Franken Goldguthaben im Auslande aus. Dieses Goldguthaben ist auf Grund des Abkommens mit der Bank von England dieser geliehen. Wie ich früher schon ausführte, ist es nicht ganz klar, ob dieser Bestand in London unter die Notendeckung mitgerechnet wird. Jedenfalls kann dieses Gold, das Frankreich von England ja nie zurückbekommt, für die Deckung der Noten der Bank von Frankreich nicht mitgezählt werden. Berücksichtigt man das, so ist die französische Banknote, die im Juli 1914 noch mit ca. $77^5/_8$% in Gold gedeckt war, am 30. November d. Js. nicht einmal mehr mit $23^3/_8$% voll in Gold gedeckt gewesen.

Dem gegenüber erstrahlt in um so hellerem Licht das, was die deutsche Reichsbank in diesem Kriege geleistet hat. Der Notenumlauf der Reichsbank hat sich nach dem letzten Novemberausweis bis auf rund 7,33 Milliarden vermehrt. Man halte allein einmal diese Vermehrung der Noten der Bank von Frankreich entgegen. Die Bank von Frankreich hat nur ihr eigenes Gebiet mit Noten zu versorgen, ihr eigenes Gebiet, das

durch die deutsche Okkupation sich erheblich verringert hat. Und trotzdem ist ihr Notenumlauf von rund 6 Milliarden vor dem Krieg auf 16 Milliarden gestiegen. Der Notenumlauf der deutschen Reichsbank ist von rund 2 auf 7 Milliarden gestiegen. Aber diese Bank hat die okkupierten Gebiete, also Belgien, Nordfrankreich, Polen, Litauen, Kurland und neuerdings noch Rumänien mit Zahlungsmitteln zu versehen. Trotz dieses anschwellenden Notenumlaufes ist die deutsche Banknote nach dem letzten Ausweis im November noch mit 34,33 Prozent, also erheblich mehr als die französische, mit Gold gedeckt, und die bankmäßige Bardeckung aus Gold, Silber und Reichskassenscheinen (nicht Darlehnsscheinen) betrug zur gleichen Zeit noch 34,7 Prozent. Wir müssen natürlich damit rechnen, daß der Notenumlauf zum Jahresschluß noch weiter steigt. Dieser Steigerung wird wahrscheinlich auch eine gewisse Vermehrung des Goldbestandes gegenübergestellt werden können. Aber wir müssen immerhin damit rechnen, daß die Notendeckung sich etwas verschlechtert. Nach den bestehenden Friedensgesetzen muß die Note der deutschen Reichsbank mit mindestens $33^1/_3$ Prozent durch Gold, Silber und Reichskassenscheine gedeckt sein. Bei der Schaffung des Bankgesetzes hat man diese sogenannte Dritteldeckung rein willkürlich gewählt. Man hatte damals viel kleinere Verhältnisse im Auge, und es hat namentlich schon bei der letzten Bankenquête im Jahre 1908 nicht an Stimmen gefehlt, die die Herabsetzung dieser Grenze befürworteten. Von solchen Gesetzesvorschriften hängt die Wertung einer Banknote nicht ab. Und es wäre viel richtiger gewesen, die Bestimmungen für die Zwangsdeckung weniger straff zu gestalten. Ich bedaure sehr, daß als Folge der Bankenquête sich nicht ein solcher Beschluß ergeben hat. Aber ich habe auf der anderen Seite die höchste Bewunderung dafür, daß es der deutschen Reichsbank gelang, diese Grenze durch 28 schwere Kriegsmonate hindurch aufrechtzuerhalten, obwohl erhebliche Summen naturgemäß an das Ausland während des Krieges abgegeben werden mußten.

Gerade die Deckungsverhältnisse der französischen Banknote eignen sich trefflich zum Vergleich mit den Deckungsverhältnissen bei der deutschen Reichsbank. England hat ja formell die freie Goldzahlung aufrechterhalten. Allerdings nur formell, und seine jetzt auch schon nicht mehr besonders gute Notendeckung (wenn man die Currency Notes zu den Noten der Bank von England hinzurechnet) kann nur künstlich dadurch errechnet werden, daß das gestohlene und geborgte Gold zum eigenen hinzugezählt wird. Trotzdem kann formell beim Vergleich mit der deutschen Reichsbank darauf hingewiesen werden, daß diese bei Beginn des Krieges die Goldzahlung eingestellt hat. Aber die Bank von Frankreich hat ja nie in Gold gezahlt. Frankreich hat Doppelwährung und die Bank zahlt im Inland jetzt im Krieg natürlich mit Silber. Trotzdem hat sie ihren Goldbestand nur verhältnismäßig wenig vermehren können, und ihre Deckung ist schlechter als die deutsche. Schon daraus geht hervor, daß der niedrige Stand der deutschen Valuta im Auslande unmöglich auf Mißtrauen zurückzuführen sein kann, das man dem deutschen Kredit und der deutschen Geldgebarung entgegenbringt. Ich habe hier verschiedentlich auseinandergesetzt, daß lediglich unsere zahlungsbilanziellen Verhältnisse daran schuld sind, und insbesondere der eigenartige Umstand, daß unsere Valuta überhaupt nur an der Valuta kleiner neutraler Länder gemessen wird, die im Frieden im größeren Maße überhaupt nicht umgesetzt werden. Mit dem Tage, wo die Grenzen wieder geöffnet werden und unsere großen Kapitalforderungen an das Ausland frei werden, zu denen sich die Zinsforderungen von drei Jahren gesellen werden, in dem Augenblick muß die deutsche Valuta in die Höhe schnellen. Freilich ließe sich heute schon manches tun, um diese Valuta auch während der Kriegszeit zu bessern. Warum verwenden wir nicht in größerem Maßstabe als bisher eventuell auch zwangsweise die ausländischen Anleihen, die unsere Kapitalisten noch im Kasten haben? Das wäre vaterländischer Hilfsdienst der Kapitalbesitzer. Andererseits aber wies vor kurzem der Inhaber der Diskonto-Gesellschaft, Herr Max Schinckel aus Hamburg, auf einen Mißstand in der Frankfurter Zeitung hin, der allerdings schleunigster Abstellung bedarf. Es ist verboten, ohne Zustimmung der Reichsinstanz fremde Valuten zu kaufen und damit Importen zu bezahlen. Aber jeder Mann kann in Deutschland in Mark auf sich ziehen lassen und gewinnt also auf diese Weise die Mittel zu importieren. Das müßte unter allen Umständen unterbunden werden. Man kann sich nicht darauf berufen, daß ein solches Verbot, ebenso wie ein stärkeres Verbot des Importierens überhaupt, den Handelsverträgen zuwiderläuft. Denn diesen Handelsverträgen läuft die Begünstigung, die Holland, die Schweiz und Skandinavien, dem Drängen der Entente folgend, an England und seine Verbündeten gewährend, mindestens ebenso entgegen.

Daß übrigens zu einem recht erheblichen Teil die Verschlechterung der deutschen Valuta auf spekulative Machenschaften unserer Feinde und gewisser neutraler Spekulanten zurückzuführen ist, bewies die Bewegung der Markwechsel auf den neutralen Börsen an dem Tage, an dem das deutsche Friedensangebot bekannt wurde: Die Kurse sprangen teilweise stark und unvermittelt in die Höhe. Die Lüge über die deutsche Valuta wird am Tage des wirklichen Friedens mit einer Katastrophe für die Baissespekulanten und mit einer scharfen Absage an die Schwarzseher in Deutschland endigen.

Siemens im Kampf mit England.

Am 13. Dezember jährte sich zum hundertsten Male der Tag, an dem Werner von Siemens das Licht der Welt erblickt hatte. Aus diesem Anlaß erscheint im Verlage von Julius Springer aus der Feder von Professor Konrad Matschoß ein kurzgefaßtes Lebensbild des großen Erfinders und Fabrikgründers, dem eine Auswahl seiner Briefe beigefügt ist (2 Bände in Halbpergament gebunden, Preis etwa 16 ℳ). Mit der freundlichen Genehmigung des Verlages gebe ich nachstehend auszugsweise einige dieser Briefe wieder. Sie sind charakteristisch für den Menschen und den Kaufmann Werner von Siemens, haben aber gleichzeitig auch den Reiz höchster Aktualität dadurch, daß in ihrem Mittelpunkt derselbe Kampf steht, den Deutschland heute führt: Der Kampf deutscher Erfindungsgabe und deutschen Fleißes gegen die Anmaßung englischer Weltherrschaft. G. B.

An Karl in St. Petersburg.

Charlottenburg, den 22. Dezember 1884.

. . . . . Bei dem guten Lichtstundenpreise muß sich ja eine Beleuchtungsanlage gut lohnen. Kannst Du nicht mehr Schiffsstationen verwenden? Besonders wichtig würden die Theater sein, bevor die in andere Hände fallen. Für die Wiener Theater haben wir ein großes Projekt ausgearbeitet, es fragt sich aber sehr, was daraus wird, da die Hoftheaterverwaltung mal wieder Lichtlieferungsverträge haben will! Auch mit dem elektrischen Bahnprojekt sieht es in Wien jetzt sonderbar aus. Augenblicklich muß abgewartet werden, wie der Kampf kontra Pino und Länderbank seitens des Parlaments und der städtischen Behörden sich wendet. Möglich, daß wir noch als Versöhnungsengel auftreten können. — Den Schwieger habe ich ganz für uns gewonnen, und zwar als Mitprokurist mit 2% Tantieme (die von der Haaseschen genommen wird). Es ist ein talentvoller jüngerer Mann, der uns sehr nützliche Dienste in vielen Richtungen leisten wird. Er soll die elektrischen Bahnen als selbständiges Dezernat haben. Vorläufig ist sein Wirkungskreis Wien, und es ist möglich, daß es vorteilhaft erscheint, ihn erst nach dem Wiener Bau in Berlin eintreten zu lassen.

Beiliegend erhältst Du den Antwortbrief Löfflers auf meinen Dir früher geschickten Brief und Kopie meiner Replik. Die Sache scheint ernsthaft zu werden und führt vielleicht irgendwo zum Bruche. Du stehst zwar nach einer in bezug auf meinen vorigen Brief an Löffler getanen Aeußerung so ziemlich auf Londoner Seite, indem Du ihm den Anspruch auf das überseeische ganze Absatzgebiet zubilligst — doch das war wohl nicht so ganz ernstlich von Dir gemeint. Es ist ja ganz hübsch, daß London von Zeit zu Zeit eine große Kabelunternehmung macht, an der viel verdient wird, da wir doch schließlich immer ziemlich viel Glück gehabt haben, es ist ferner ganz nett, daß es London gelingt, zum Teil ganz unverschämt hohe Preise zu erzielen, weil die Leute keine billigeren Quellen kennen — es ist das aber nicht die Basis für ein andauerndes Geschäft. Sowie der Herrschaftsanspruch Englands an so ziemlich die ganze nicht in festem Besitz befindliche Welt, wird auch das englische merkantile Ausbeutungssystem fallen. Indien wird ja von Löffler selbst als ein warnendes Beispiel angeführt! So wird es bald mit allen „überseeischen" Ländern der Fall sein. Die Weltkonkurrenz entwickelt sich stetig und unwiderstehlich. Wenn England nicht billiger arbeiten und mit gleichmäßigem und bescheidenem Verdienst handeln lernt, so wird es seinen Markt überall verlieren, wie in Indien. Es wird gar nicht einmal nötig sein, durch andere Schwendelers unterrichtet zu werden — dafür sorgen jetzt unzählige Vereine, Agenturen, Gesandschaften usw. Das Berliner Geschäft kann unmöglich dies sich großartig entwickelnde Exportgeschäft von sich weisen — um seine inländischen Konkurrenten damit großzuziehen. Es muß notwendig auch hier an der Spitze bleiben. Es hat das ewige Zurückweisen von Anknüpfungen zu direkten oder indirekten Geschäften schon sehr große Nachteile für Berlin gehabt, ohne daß London davon entsprechenden Nutzen gehabt hätte. Es ist wirklich naiv, daß Löffler ganz auf den besagten alten Hammel zurückkommt: Deutschland ist genug für Berlin, alle überseeischen Geschäfte (wozu nebenbei Holland, Türkei usw. gerechnet werden) gehören von Rechts wegen England! Die Leute sollten sich Bismarcks Depeschen über englische Kolonialpolitik nur mal durchlesen!

Ich gebe jetzt die Hoffnung, eine Verständigung zu erzielen, so ziemlich auf. Man kommt ja keinen Schritt weiter — immer im Kreise, wie Müllers Esel! Man will alles oder nichts, gut, dann laß jedes Geschäft seinen eigenen Weg gehen. Dieses stete Rupfen und Nehmen ohne jegliche Rücksicht ist auf die Dauer unerträglich . . . . .

An Friedrich in Dresden.

Charlottenburg, den 22. Dezember 1884.

. . . . . Mit Löffler habe ich eine recht unangenehme Korrespondenz. Wie in der Politik wollen auch geschäftlich die Engländer die ganze überseeische Welt haben als ihr angestammtes Ausbeutungsgebiet! Löffler und das dortige Geschäft meinen,

die Teilung sei richtig, wenn Berlin Deutschland etwa mit kleinen anhängenden Dependenzen und London außer England und seinen Kolonien die ganze andere zu Schiff zu erreichende Welt! Sogar Verkauf an deutsche Exporthäuser halten sie für einen Eingriff in die Rechte des dortigen Geschäfts! Es wird wohl schließlich auf ganz unabhängige Konkurrenz herauskommen!

An Karl in St. Petersburg.

Charlottenburg, den 25. Dezember 1884.

. . . . . Ich habe voriges Mal vergessen, Dir Löfflers Brief beizulegen, ohne den Du meine Antwort nicht recht verstehen wirst. Hoffentlich hast Du jetzt eingesehen, daß es ganz unmöglich ist, dem Wunsch der Engländer nachzukommen und ihnen die ganze überseeische Welt zu überlassen! Das Verlangen ist eigentlich haarsträubend, wenn man es recht bedenkt, und schließlich soll es nur den unreellen englischen Handel, der nicht nach Grundsätzen handelt, sondern stets möglichst viel schneiden will, auf die Dauer möglich machen! Ein Studium der Bismarckschen Depeschen könnte Löffler nicht schaden. Er ist nach einigen Schwingungen ganz auf den alten Hammel zurückgekommen — ohne alle Rücksicht auf das Gesagte. Ich denke, ich habe ihm jetzt deutlich genug gesagt, wie die Sache steht, nämlich daß auch in dem Falle, wenn Löffler die Existenz des englischen Geschäftes an die Frage knüpfen würde, wie es mir beabsichtigt scheint, ich sein Verlangen abschlagen würde und müßte, weil es unhaltbar, undurchführbar und ungerecht wäe. Ich würde lieber im Konfliktfalle als Mitleiter des Berliner Geschäftes schon jetzt austreten, als meine Unterschrift dazu geben, das Stammgeschäft der Firma, mein eigenstes Werk, zum künftigen Siechtum durch Unterbindung seiner Lebensadern zu verurteilen. Die Mutterliebe, mit der Berlin seinen Kindern immer gegeben hat, mit größter Selbstbeschränkung, muß auch ihre Grenzen finden! Der bloße Geldgewinn durch sporadische glückliche Kabellegungen ist zwar recht angenehm, bildet aber nicht die Grundlage unserer Geschäfte und gewährt keine Garantie der Dauer. Ich will aber wenigstens das Berliner Geschäft als dauernde Institution der Familie fortbestehen lassen! . . . . .

An Karl in St. Petersburg.

Berlin, den 29. Dezember 1884.

. . . . . Ich glaube, hättest Du an meiner Stelle ein Vierteljahrhundert lang so mitten im Kampfe der beiden Taschen[1]) gegeneinander gestanden wie ich, und hätte er Dir geradezu die Freude am Ganzen versalzen, indem Du auf beiden Seiten als ein unbilliger oder unverständiger Mensch angesehen wärst, — Du würdest Deinen Taschen-Humor, glaube ich, auch verloren haben! Uebrigens ist auch ein pretium affectionis mit der Sache verbunden. Für augenblicklichen Gewinn verkaufe ich die Zukunft nicht! Du mußt auch bedenken, daß wir die Gemeinseitigkeit der Interessen aufgehoben haben und daß es noch andere Beteiligte gibt als wir und Löffler! Das Verlangen der Londoner (Löffler ist, glaube ich, nicht der Schieber) ist unbillig und unvernünftig, und darum würde ich es nicht akzeptieren, und wenn der Geldgewinn noch so groß wäre! Von eigentlichen Kontrakten kann ja gar keine Rede sein. Es sind Besprechungen gewesen, um einen modus vivendi festzustellen; ich habe mich erst mit Wilhelm gezankt, dann sagten die Geschäfte sich Grobheiten, und schließlich wurde eine Vereinbarung stilisiert, in welcher jeder um das herumging, was er nicht zugeben wollte. So antwortete London beim letzten Male — ich glaube bald nach Deinem Fortgange von London — auf den Berliner deutschen Brief, der die Einzelheiten festsetzte, englisch, und drehte darin das meiste um, was ihm nicht paßte! Das blieb lange liegen, bis London mahnte und Fromholz dann einen Brief schrieb, worin er im allgemeinen das erzielte Einverständnis konstatierte, aber die Donaufürstentümer für Berlin reserviert. Das habe ich, wie ich mich überzeugt habe, unterschrieben, und darauf, d. i. auf dem englischen Brief, der die überseeischen Länder durch die Hintertüren anstatt die englischen Kolonien wieder anzuschwärzen sucht, reitet nun London herum. Es hat aber wiederholt erklärt, daß es nunmehr — weil Berlin an hiesige Händler Preise gegeben oder verkauft hatte — das Arrangement als aufgelöst betrachte! Als das schließlich angenommen wurde, kam die neueste Wendung! Das verbittert vollständig das Vergnügen am Geschäft! Es kann doch jederzeit ein traffic arrangement von jedem aufgehoben werden, dem es nicht mehr paßt! Geheime Preise kann Berlin nicht halten, und wer hier kaufen will, muß erhalten, was er haben will, gegen Barzahlung. Kann jemand durch Patentrechte die Lieferung verhindern, so kann er es tun. Die Methode, durch stetes Nörgeln das Gewünschte zu ertrotzen, wird auf die Dauer unerträglich. London betrachtet stets unter gemeinsamen Interessen nur seine eigenen. Als er sah, daß Indien für das Kronagentengeschäft verloren war, hätte es doch Berlin freigeben müssen, nach Indien zu liefern und den deutschen Bezugsquellen, den Engländern in Indien Konkurrenz zu machen! Es ist aber den Herren zehnmal lieber, ein Konkurrent wie das hiesige Geschäft schießt den Vogel ab! Es ist eine neidische Unteroffiziertaktik, die die Leute in London und Woolwich verfolgen. Ich habe Löffler ja vorgeschlagen, wir wollten Telegraphenmaterial und Telegraphenapparate stets in außerdeutschen Ländern exkl. Belgien und Holland, allenfalls Schweden, an England weisen, man solle aber Eisenbahneinrichtungen, mit denen London gar nichts macht, Meßinstrumente — unsere alte Domäne — in der ganzen Welt, wenn sie auch nicht viel einbringt, und

[1]) Karl schreibt an Werner den 26. Dez. 1884: . . . . . Man sieht demselben wirklich nicht an, daß er von der rechten an die linke Tasche gerichtet ist . . . . .

Dynamosachen Berlin frei geben. Namentlich ist es ein Skandal, daß der nordamerikanische Markt uns ganz verloren ist, — und da wäre viel zu machen! . . . . .

Ich habe hier den berühmten Villard, den Unternehmer der Northern Pacific-Bahn, näher kennengelernt. Er ist ein sehr gescheiter und liebenswürdiger Mensch mit dito Frau, ein geborener Deutscher, der jetzt seinen Wohnsitz „auf gerettetem Boot" in Berlin aufgeschlagen hat! Es ist derselbe, der Edison gemacht hat. Wäre nur Nordamerika frei von London, so könnten wir mit Villards Hilfe in Amerika gute Geschäfte einleiten! Kabel könnte ja London allein behalten, — obgleich es ein Skandal ist, daß London die Bleikabel ganz ignoriert und so „England und die überseeischen Länder" für dies neue und vielversprechende Geschäft verloren gehen! Löffler sagt, er habe keine Leute! Dann soll er eben die Finger davon lassen und sich nicht — wie er sagt — den Trost machen, daß auch andere dann nichts daran verdienen können! . . . .

An Karl in St. Petersburg.

Charlottenburg, den 2. Januar 1885.

. . . . . Das ganz Vergebliche des zwanzigjährigen Hervorhebens eines anderen, wenigstens ebenso berechtigten Standpunktes wie den des Londoner Interesses, ist es eben, was mich an dem letzten Löfflerschen Briefe trotz seiner gemäßigten und höflichen Form ärgerte. . . . . . Ich schlug vor, entweder nach Ländern oder nach Gegenständen der Fabrikation ein Arrangement zustande zu bringen. Für letzteres gab ich als möglich an, daß Berlin Telegraphenmaterial und Apparate für alle Länder, wo London regelmäßig Geschäfte hat, ganz aufgäbe, sich aber Meßinstrumente und Wassermesser überall frei halten wollte. Eisenbahnsignal und Lichtmaschine (Dynamo) sollten für Nicht-Kolonien oder nicht solche Länder, wo England ständige Vertretung und wesentlichen Umsatz hat, frei sein. Ueberhaupt hat Berlin ja nirgends Vertreter — bis auf einen, den es jetzt für Licht in Smyrna anstellen will, wo der Betreffende schon auf eigene Rechnung Lichtanlagen gemacht hat. Es verlangt nur freien Verkehr in Deutschland und Lieferung an diejenigen deutschen Firmen, welche bestellen und hier bezahlen! Davon kann Berlin nicht abgehen, ohne sich selbst zugrunde zu richten. Es hat stets auf England und Rußland auch dabei alle möglichen Rücksichten genommen, hat Lieferungen verweigert, wenn der Lieferungsort ihm bekanntgegeben wurde, — es kann aber nicht prinzipiell Lieferungen versagen, wenn sie nicht nachweislich für Deutschland sind, und es kann ferner seine Preiskurante nicht geheim halten. Das ist eine uralte Geschichte und doch ist sie ewig neu! Was soll es nutzen, auf diesen besagten Hammel immer wieder zurückzukommen, — als wenn die Gründe nicht längst alle pro et contra erwogen wären! Verlasse doch nur mal Deinen Taschenstandpunkt. Er ist nicht haltbar, denn es sind Interessenten da, die ihre besondere Tasche haben, in England wie in Berlin. Es ist unsere Aufgabe (als Chefs), ihre Interessen auch zu vertreten, denn wir haben die Macht, und es kommt darauf an, sie zu zufriedenen Mitarbeitern zu machen. Es sollten daher die Geschäfte gegenseitig und einigermaßen gleichmäßig ihre Interessen unterstützen. Laß die Vergangenheit mit unserem hiesigen, London unentgeltlich stets zur Verfügung gestellten, geistigen Eigentum und Londons Unterstützung in Anlage der Kabelfabrik beiseite, und stelle Dich ganz auf den gegenwärtigen Standpunkt. Da findet sich, daß London Berlin gar nichts gibt, seine Interessen nirgends berücksichtigt. Denn in Deutschland zu konkurrieren, haben wir London immer ganz frei gestellt. London verlangt aber Ueberlassung der ganzen außerdeutschen Welt, — denn Rußland und Oesterreich kommen der Zollverhältnisse wegen nicht mehr in Betracht! (Oesterreich nur noch vorübergehend in einzelnen Punkten.) London verhindert uns, mit Guest & Chrimes auf den anderen Märkten zu konkurrieren, denn es macht enorme Aufschläge auf Wassermesser, die ihm direkt oder uns bestellt werden, es findet es merkwürdigerweise für ganz berechtigt, die Abgabe, die Guest & Chrimes ihm für die exklusive Lizenz auf unsere patentierte Wassermesserkonstruktion zahlt, selbst zu vereinnahmen. Sie gehörte doch wenigstens zur Hälfte nach bestehenden Abmachungen für Berliner Patente nach Berlin. Dabei will London nicht einmal offen als Agent für Berliner Wassermesser in überseeischen Ländern auftreten! Berlin muß London einen so hohen Preis für Guttapercha bezahlen, daß wir mit Guilleaume gar nicht mehr konkurrieren können. Die Guttapercha-Kabelfabrik ruht daher fast ganz bei uns. London hindert Berlin, seine Bleikabel überall zu exploitieren. Es legt sich selbst keine Fabrikation an, obschon wir es angeboten, bietet unsere Bleikabel auch nirgends an, obschon England und Amerika ein großes Feld dafür bieten, es tut nichts in elektrischen Bahnen, aber tritt Berlin überall entgegen, wenn es irgendwo selbst etwas unternehmen möchte und legt unser Erbieten, möglichst (impracticable) Konkurrenz mit London in überseeischen Ländern, so aus, daß wir nirgendshin Geschäfte machen dürften, wo London Geschäftsverbindungen hat, gleichgültig, wie erfolgreich dieselben sind. Auch Meßinstrumente und Widerstandsskalen macht London selbst. Das einzige, was London leistet, ist, daß es seit zwei Jahren Patentprämie für die Dynamomaschine zahlt, welche es auch wieder von der Edisongesellschaft erhebt, wogegen Berlin ihm solche für die verlängerte Brenndauer (Wilhelms Patent) zahlt. Ich erwarte immer, daß London auch dagegen wenigstens wieder remonstrieren wird. Du siehst daraus, daß keine ausgleichende Gerechtigkeit zwischen den beiden Geschäften besteht. Das erzeugt immer wachsende Bitterkeit, der ich nicht länger Widerstand leisten kann, da meine Söhne der gleichen Ansicht sind und es mir auch unerträglich wird, immer nur als Vertreter der Londoner Interessen aufzutreten. Es würde Dir nicht anders gehen, wenn Du ein Jahr in Berlin säßest!

Ich denke mich übrigens von der speziellen Leitung des Berliner Geschäftes bald — vielleicht ganz — zurückzuziehen, und ich möchte gern vorher einen auf Gegenseitigkeit beruhenden modus vivendi zustande bringen.

Ich glaube, es kann jetzt nichts weiter geschehen, als aufrecht zu halten, was geschäftlich von der letzten Korrespondenz zwischen Löffler und mir an London geschrieben wurde. Danach akzeptierte Berlin die Aufhebung aller bestehenden unklaren Bestimmungen über Konkurrenz, erklärte aber, nach wie vor freiwillig die Londoner Interessen möglichst berücksichtigen, nach England und seinen Kolonien gar nicht liefern zu wollen und nach anderen überseeischen Ländern, in denen London wesentliche Interessen verfolgte und Geschäfte von entsprechendem Umfang machte, auch nicht. Meßinstrumente, Wassermesser, Bleikabel für Licht- und Telephonzwecke und Eisenbahn-Sicherheitseinrichtungen, mit denen London gar nichts macht, müßte es sich aber in diesen Ländern (nicht Kolonien) vorbehalten. Ich denke, man läßt die Sache sich so weiter entwickeln. Es ist mir freilich dabei schmerzlich, daß Du in der Sache ganz auf dem Londoner, für Berlin ganz unhaltbaren Standpunkt stehst. Unsere hiesigen, gewaltig aufstrebenden Konkurrenten würden uns bald ganz unter den Füßen haben, wenn uns die außerdeutsche Welt verschlossen bliebe! Es hat sich ein ganz merkwürdiges Leben in Deutschland entwickelt, welches man in England noch gar nicht versteht und würdigt. Es sieht schon lächerlich und beinahe schimpflich aus, daß wir uns von der ganzen Entwicklung des Exportwesens prinzipiell zurückhalten. Ich halte es übrigens nicht für richtig, daß England so viel höhere Preise nehmen muß. Die Engländer sind nur gewohnt, bei geringerem Umsatz mehr zu verdienen, und das ist nicht mehr haltbar. Von einer Teilung des Londoner Geschäftes in Kabel- und Apparatfabrikation kann meiner Ansicht nach gar keine Rede sein. Das sehen wir ja schon in London ein . . . . . .

An Karl in St. Petersburg.

Charlottenburg, den 3. Januar 1885.

. . . . . . London denkt aber wie Gladstone, es müsse das Aufziehen der englischen Flagge genügen, um einen ganzen Weltteil merkantil zu annektieren. Das geht nicht mehr! Wahrscheinlich würde London auch gegen Lieferungen nach Klein- oder Groß-Popo protestieren und es für Kontraktbruch erklären, da es vielleicht einen Agenten in Kapstadt hat! . . . . . .

Staat und Kohle.

Die Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaft Hibernia steht unter einem schlechten Stern. Sie hat vor zwölf Jahren unter dem Handelsminister Möller mit einem sehr unerfreulichen Börsenrummel begonnen, und sie wird jetzt unter dem Handelsminister Sydow in einem peinlichen Augenblick enden. Nämlich in dem gleichen Augenblick, in dem der preußische Staat seine Zustimmung erteilt hat zu einer viel geforderten und viel bekämpften allgemeinen Erhöhung der Kohlenpreise. Diese Gleichzeitigkeit der Ereignisse zwingt förmlich zu Gedankenverbindungen. Dem Handelsminister wird diese Wirkung vielleicht, nachdem er der Parlamentsmehrheit sicher zu sein scheint, gleichgültig sein. Immerhin ist diese Gleichzeitigkeit ein Regiefehler, der von grundsätzlichen Freunden einer Verstaatlichungspolitik bedauert werden muß. Der Regiefehler wäre aber leicht zu verschmerzen, wenn die Aktion selbst geeignet wäre, zu befriedigen.

* * *

Die Produktion der Kohle, ihre Verteilung im Inlande und ihre Verwertung in der Ausfuhr sind für unsere Volkswirtschaft von so überragender Bedeutung, daß der staatliche Einfluß auf dieses Wirtschaftsgebiet ständig wachsen muß. Die Kriegszeit hat diese nicht neue Erkenntnis sehr verbreitet und vertieft. In der Uebergangszeit nach dem Kriege wird die Kohle Objekt der Ausfuhrpolitik und wahrscheinlich auch Objekt der Steuerpolitik des Reiches sein. Die Kohlenerzeuger sind fast durchweg in festen Syndikaten organisiert. Diese privaten Monopole sind die gegebene Basis für die künftige Wirksamkeit des Staates. Das gemeinwirtschaftliche Interesse an ihrer Erhaltung ist durch die Bundesratsverordnung über Zwangssyndikate im Kohlenbergbau amtlich bestätigt worden. Diese Bundesratsverordnung war für den preußischen Staat das Mittel, sich eine ihm gebührende Sonderstellung im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat zu schaffen. Der gleiche preußische Staat schlägt nun aber noch einen anderen Weg ein, um seine Stellung in dieser mächtigsten Vereinigung der Kohlenwerte zu festigen, den Erwerb der Hibernia. Nur unter dem Gesichtspunkt, ob der eingeschlagene Weg der richtige zu diesem Ziele ist, darf man die Hibernia-Verstaatlichung beurteilen. Denn, daß sie finanziell keine Reize hat, gibt der Handelsminister selbst zu. Der Ankaufspreis für die Aktien ist so hoch, daß die Begründung der Vorlage selbst kaum mehr in Aussicht stellen kann, als daß der Erwerb den Staat finanziell nicht belasten wird. Dabei ist mit einer Durchschnittsdividende von etwa 11½ % gerechnet. Die Erwartung dieser Rente beruht auf einer optimistischen Konjunkturbeurteilung, die aber getrost als berechtigt unterstellt werden kann, da die finanzielle Frage, wie gesagt, doch nur untergeordnete Bedeutung hat. Wie steht es nun mit dem Machtgewinn im Kohlensyndikat? Die Beteiligung des Staates wird ungefähr verdoppelt. Sie wird von

rund 5½ % auf rund 11 % steigen. Bedeutet es im Syndikat wirklich für den Staat eine nennenswerte Stärkung, wenn er über eine Minderheit von elf Hundertteilen, anstatt über eine solche von fünf Hundertteilen verfügt? Dieser Machtzuwachs scheint uns eine Illusion zu sein. Theoretisch sind natürlich Fälle denkbar, in denen sich zwei ungefähr gleich starke Gruppen bei Abstimmungen gegenüberstehen, und in denen dann die neuerworbenen 5½ % des Staates ausschlaggebend wirken. Praktisch wird aber in wichtigen Fragen eine derartige Kräftegruppierung kaum je vorkommen. Wenn der Staat einmal eine Politik vertritt, durch die gemeinwirtschaftliche Interessen gegen Privatinteressen der Kohlenindustrie durchgesetzt werden sollen, so werden seine 11 % ebensowenig mehrheitbildend wirken wie die bisherigen 5½ %. Dann kann er sich entweder durch die Kraft seiner Gründe oder durch außersyndikatliche Machtmittel vielleicht durchsetzen. Die Erhöhung des Anteils kann für die private Gruppe in Einzelfragen bei Abstimmung sehr wichtig sein, dem Staat, dem es auf seine Macht nur bei Entschlüssen von allgemeiner Bedeutung ankommt, wird sie wenig nützen. Nun wird in der Begründung der Hibernia-Vorlage neben der Anteilserhöhung ein Machtzuwachs daraus gefolgert, daß durch die Produktion der Hibernia die Sortenliste der fiskalischen Gruben vervollständigt wird. Das ist für den Fall, daß der Fiskus einmal den Kampf gegen das Syndikat als Außenseiter führen will, ohne Zweifel eine wesentliche Stärkung der Stellung der fiskalischen Händler. Nur erscheint uns die Wahrscheinlichkeit der Austragung eines Konflikts in dieser Form in Zukunft als sehr unwahrscheinlich. Derselbe Minister, der im öffentlichen Interesse die Stärkung der Staatsmacht um 5½ % der Stimmen für dringlich hält, rechnet damit, daß der Staat im gegebenen Falle keine anderen Mittel zur Durchsetzung der Allgemeininteressen anwenden kann, wie irgendein privater Außenseiter. Das ist eine Auffassung vom Staatsinteresse an der Kohlenpolitik, die auf die Syndikatsgenossen des Fiskus sehr beruhigend wirken wird. Diese sanfte Politik wird aber den wirtschaftspolitischen Bedürfnissen nach dem Kriege nicht gerecht werden. Wenn der preußische Minister auch der Anwendung wirklicher staatlicher Machtmittel abhold ist, so werden seine Kollegen in der Reichsregierung doch wohl nicht aus Liebe, sondern dem Zwang der Verhältnisse folgend, kräftiger in die Bewirtschaftung der Kohle eingreifen müssen. Wir schätzen also den Machtzuwachs gering ein. Auf der anderen Seite bestehen aber Gefahren: Der preußische Staat wird der Besitzer eines in der Zeit der Hochkonjunktur zu entsprechend hohem Preise erworbenem Bergwerks. Er wird damit der natürliche Verbündete des privaten Kohlenbergbaus in allen Bestrebungen zur Erhaltung der bisherigen hohen Rente. Man braucht vom gegenwärtigen oder künftigen Minister durchaus keinen kleinlichen Fiskalismus zu erwarten, aber er würde kaufmännisch unbegreiflich handeln, wenn er nicht seine schützende Hand nach Kräften über die Rente seines Bergwerks halten würde. Man hat nun gesagt, daß sich an diesem Interesse an hohen Preisen nichts durch den Hibernia-Erwerb ändre, da der Staat ja schon bisher großer Kohlenproduzent war. Dabei wird nur übersehen, daß die Hibernia teurer zu Buche stehen wird, als die alten fiskalischen Zechen und auch teurer als fast alle privaten Bergwerke, die nicht gerade in dieser Zeit der Hochkonjunktur den Eigentümer gewechselt haben. Der Abgeordnete Hue spitzte seine Bedenken in dieser Richtung in dem Satze zu: Der Staat werde der Prügeljunge des Privatkapitals sein."

* * *

Die Kohlenpreiserhöhung, die jetzt mit Zustimmung der Regierung vorgenommen wird, ist sicherlich noch unbeeinflußt von Hibernia-Erwägungen bewilligt worden. Ueber ihre Berechtigung zu diskutieren, ist kaum möglich ohne eingehendes Studium der zu ihrer Begründung vorgelegten Selbkostenabrechnung. Daß die Selbstkosten gestiegen sind, unterliegt an sich keinem Zweifel. Bedauerlich wäre es nur, wenn die Preisberechnung so vorgenommen worden ist, daß ein Recht auf unveränderte Kohlendividenden ihre Voraussetzung war. An sich kann es im Rahmen unserer Kriegswirtschaftspolitik nicht wundernehmen, wenn die Produzenteninteressen auch im Kohlenbergbau besonders begünstigt werden. Das Interesse an hoher Erzeugung steht unvermeidlich an erster Stelle, und im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems kann die Höchstleistung nur durch anreizende Preise erzielt werden. Das ist so in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Der Zustand ist gewiß nicht ideal, aber es wäre einfältig, an die Möglichkeit zu glauben, daß unsere Wirtschaft plötzlich auf dem Verordnungswege idealisiert werden könnte. Dazu gibt die Kriegszeit am allerwenigsten Spielraum. Gegenüber den Preissteigerungen für alle unentbehrlichen Güter sind die Machtmittel des Staates unter den obwaltenden Verhältnissen unzureichend. Wenn trotz des in der Preisbeurteilung heute Platz greifenden Fatalismus die Kohlenpreissteigerung als besonders drückend empfunden wird, so hat dies zwei Gründe. Erstens weiß man im voraus, daß durch die Verteuerung des Brotes der Industrie das Signal zu neuen Preiserhöhungen auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten gegeben wird. Die Schraube ohne Ende wird neu angekurbelt. Meistens mit dem Erfolg, einigen begünstigten Schichten neue Kriegsgewinne zuzuführen, um die Masse der Konsumenten und Steuerzahler um so schwerer zu belasten. Diese sozialen Schattenseiten der Kriegswirtschaft zu mildern, kann nur Aufgabe der künftigen Steuerpolitik sein. Zweitens ist aber vor allen Dingen zu befürchten, daß die Haushaltungskohle eine unmittelbare neue Verteuerung erfährt. Rein rechnerisch würde zwar die Neubelastung eines kleinen Haushalts nach der Erhöhung des Preises pro Tonne sehr gering sein. Erfahrungsgemäß vervielfältigt sich aber der Preisaufschlag durch Abrundungen auf dem Wege vom Produzenten bis zum letzten Konsumenten erheblich. Ueberdies ist die Lage der Konsumenten,

deren Einkommen sich im Kriege nicht oder nicht wesentlich erhöht hat, gegenwärtig so, daß auch kleine Neubelastungen sehr schwer empfunden werden. Den Druck auf den Konsumenten des Hausbrandes abzufangen, ist aber möglich. Dem Produzenten gegenüber ist der Staat im Kriege ziemlich hilflos. Den Vertrieb können aber der Staat oder die Gemeinden, wenn nötig, selbst übernehmen. Jede Verteuerung zwischen dem Produzenten und dem Haushaltsverbraucher muß von Anfang an unterbunden werden, weil sie unterbunden werden kann. Die Handelskreise pflegen darüber zu klagen, daß man jetzt ihnen oft Gewinne als Wucher anrechnet, die man beim Erzeuger duldet. Es ist begreiflich, daß die Händler das als Ungerechtigkeit empfinden. Aber die praktische Politik muß in der Kriegswirtschaft auf Gerechtigkeit oft unter der harten Notwendigkeit verzichten. Sie muß die Kunst des Möglichen sein. Den Vertrieb zu regeln ist möglich. Wenn man die Erhöhung des Produktionspreises für Kohle resigniert hinnimmt, so muß man um so dringender den Schutz vor Verteuerungen im Vertrieb fordern.

Auslandsspiegel.

Die Notwendigkeit einer französischen Kanalpolitik.

Zu obigem Thema schreibt Eduard Herriot, der bekannte Bürgermeister von Lyon, Senator des Rhone-Departements,*) in der „Information“ vom 2. Dezember folgendes: „Am 28. September hat sich die „Association suisse pour la navigation du Rhône au Rhin“ in einem wahrhaft pathetisch abgefaßten Schreiben an mich gewandt. „Diese Angelegenheit der Fluß-Schiffahrt,“ so heißt es darin, „ist von vitaler Bedeutung für die Zukunft unserer beiden Republiken. Sie ist vielleicht diejenige Frage, auf welche unsere Diplomatie im Augenblick des Friedensschlusses die größte Aufmerksamkeit verwenden müßte. Und Frankreich seinerseits sollte sich nicht länger um die Sache nicht kümmern. Je nachdem die Schiffahrtsader Rhone—Rhein geschaffen wird oder nicht, wird die wirtschaftliche Betätigung Frankreichs in der Schweiz aufrechterhalten und garantiert, oder wird die Schweiz von Deutschland endgültig eingewickelt werden.“ Darüber sollte man doch nachdenken, nicht wahr? Wie stellt sich nun aber das Problem? Man würde die wesentlichen Daten der Frage kennen, wenn man den im Jahre 1912 von dem Ingenieur Autran in Paris abgehaltenen Kongreß für den Außenhandel studieren wollte. Die Kommission für die Schiffahrtswege hatte im Jahre 1909 erklärt, „daß die Schaffung einer in Genf mündenden Wasserstraße für Frankreich kein Interesse habe. Indessen hatte Pierre Baudin (der bekannte Senator und frühere französische Arbeitsminister, Anm. d. Verf.) der Kammer eine Resolution unterbreitet, welche auf das Studium der ununterbrochenen Rhoneschiffahrt zwischen Lyon und dem Genfer See und auf die Errichtung eines Staudammes (Barrage) abzielte. Er hatte eingesehen, daß solches das einzige Mittel sei, um das Bündel der außerhalb von uns organisierten Linien zu zerbrechen. Nicht nur,“ so hatte er hinzugefügt, „würden wir unserem Lande einen großen Nutzen sichern. Wir würden uns andererseits auch auf die wichtigen Veränderungen vorbereiten, die sich gewiß eines Tages in dem System der Zirkulation Zentraleuropas einstellen werden, wenn erst die Rheinschiffahrt mit dem Bodensee verbunden sein wird, und wenn erst der Bodensee selbst eine direkte Verbindung mit der Donau haben wird.“ Waren diese Ansichten Baudins nicht wahrhaft prophetisch? Das Werk des „Heiligen Danubius“ ist bedrohlicher als je . . . Nach den Plänen der Herren Blondel, Harlé und Maehl müßte eine hydro-elektrische Fabrik in der Nähe von Bellegarde, in Génissiat, errichtet werden, mittels eines Staudammes von 70 Metern, der eine schiffbare Straße bis nach Chancy, d. h. bis zur schweizerischen Grenze, bilden müßte. Mit einigen 20 Millionen wäre die Schiffahrt auf dem oberen Rhone sicherzustellen. Mit einigen 30 Millionen könnte man dem Rhone bis hinauf nach Lyon eine Wassertiefe von 1,60 Meter geben, d. h. die Tiefe, die er zwischen Lyon und Arles besitzt. Dasselbe Projekt gestattet den Transport einer sehr bedeutenden elektrischen Energie bis nach Paris. Nach der Meinung des Herrn Marcus Richard, des Sekretärs der „Association française pour le développement de l'outillage national“, würde das Erträgnis dieses Unternehmens demjenigen des gegenwärtigen Kohlenbassins im Norddepartement gleich sein, mit dem Vorteil jedoch, daß man keine Erschöpfung zu befürchten hätte. Worauf ich mich beschränken will, für den Augenblick hinzuweisen, das ist die Tatsache, daß wir, falls wir die Flußverbindung mit Genf nicht bewerkstelligen, die Schweiz zwingen, sich unter die wirtschaftliche Vormundschaft Deutschlands zu begeben. Eine bemerkenswerte Tatsache! Unsere Vorfahren haben die Zukunft vorausgesehen: Der am 9. Sept. 1798 zwischen der französischen und der schweizerischen Republik geschlossene Friedens- und Offensiv- und Defensiv-Bündnisvertrag bestimmt in § 6 folgendes: „Es wird vereinbart, daß, um der inneren Schiffahrt der beiden Republiken die vorteilhaftesten Entwicklungen zu geben, jede von beiden auf ihrem Gebiet die Kunstarbeiten machen wird, die notwendig sind, um eine Verbindung auf

*) A. d. Red. Inzwischen hat, wie die „Agence Havas“ meldete, Herr Herriot, in dem neuen Kabinett Briand das wichtige Ressort der Transportregelung sowie der Zivil- und Militärverpflegung erhalten.

dem Wasserwege vom Genfer See bis zum Rhein und vom Genfer See bis zu dem schiffbaren Teil des Rohne herzustellen." Mehr als ein Jahrhundert ist seither verflossen. Wir haben nichts getan. Und doch, überlegen Sie nur: Wäre die Schiffahrt von Marseille bis Genf möglich gewesen, hätte die Ueberseekohle die deutsche Kohle in der Schweiz ersetzen können, dann wären die jüngst geführten Verhandlungen zwischen dem Bundesrat und der Entente zweifellos nicht gescheitert. Der beste Beweis, daß das von uns verteidigte Projekt von großem französischen (!) Interesse ist, ist der Umstand, daß die deutschfreundliche „Züricher Post" es bekämpft. Sie verlangt, daß die Schweiz sich einzig und allein für das Projekt Rhein—Donau via Bodensee interessieren solle. Lassen wir doch nicht zu, daß sich der Gotthardirrtum wiederholt! Im jetzigen Augenblick ist der momentane Verfall des Basler Hafens, seit der Schließung des Rheins für die internationale Schiffahrt, ein Beweis dafür, wie weit Deutschland seine Herrschaft auszudehnen verstanden hat (!). Es behauptet, daß das schweizerische Plateau, unter geographischen Gesichtspunkten, nichts anderes ist als eine Terrasse, deren Produkte nach der Nord- und Ostsee hinabsteigen müssen. Reagieren wir nicht gegen diese Prätention (!), dann hat die Schweiz noch einen Ausweg: Deutschland! Es wird doch wohl genügen, denke ich, diese Gefahr signalisiert zu haben. Als Freunde und Nachbarn der Schweiz, die wir über Deutschlands Kanalprojekt unterrichtet sind, die wir in zwanzig verschiedenen Formen feststellen müssen, daß Deutschlands jetzige Politik darauf ausgeht, sich der Donau zuzuwenden und die von ihm verachteten neutralen Staaten mit Gewalt (!) die Richtung der Donau einschlagen zu lassen, haben wir geglaubt, es läge in unserer Rolle, unsere Regierung aufzufordern, sich zu erkundigen und zu reagieren. Wir warnen. Möge jeder seine Pflicht tun. Von besonderer Pikanterie in den Ausführungen dieses sehr gescheiten Mannes ist der Seitenhieb Herriots gegen die deutschfreundliche „Züricher Post". Der Umstand, daß sie das Rhone-Rhein-Kanalprojekt bekämpft, ist dem Bürgermeister von Lyon ein Beweis dafür, „daß es von großem französischen Interesse ist." Also die genannte, deutschfreundliche Züricher Zeitung bekämpft Projekte, die für die Franzosen von Interesse sind. Und wagt es möglicherweise, für Projekte einzutreten, die für die Schweiz von Interesse sind! Da sind die ententefreundlichen Blätter, das „Journal de Genève", die „Gazette de Lausanne" e tutti quanti doch von ganz anderem Kaliber! Die treten bedingungslos, und wohl auch besinnungslos, für die französischen Interessen ein, auch wenn darüber die schweizerischen in die Brüche gehen. Woraus sich der Schluß ergibt. . . .

Schein und Wirklichkeiten im deutschen Handel.

Und da wir gerade von den ententefreundlichen Blättern der Schweiz reden, so sei in diesem Zusammenhange der „Gazette de Lausanne" gedacht, welche das soeben in Paris erschienene Buch Daniel Bellet's „Le Commerce allemand" mit dem vielversprechenden Untertitel „Apparences et réalités" wie folgt bespricht: (Bellet ist Professor an der Ecole libre des sciences politiques und an der Ecole des hautes études commerciales und für französische und französisch-schweizerische Begriffe eine erstklassige Autorität auf dem Gebiete der Volkswirtschaft). „Gewiß," so schreibt der Verfasser, „hat der deutsche Handel, wenn nicht seit 1871 — wegen der Krise, die auf die Zahlung der französischen Kriegsanleihe folgte, und die sogar teilweise durch jene Zahlung verursacht wurde, jedoch seit 1874 eine beträchtliche Zunahme erfahren. So haben im Jahre 1874 die Importe nach Deutschland etwas mehr als 3600 Mill. ℳ betragen, während die Ausfuhr 2350 Mill. erreichte. Im Jahre 1880 waren die beiden Ziffern 2820 bzw. 2895 Mill. ℳ. Zehn Jahre später war man bei 4145 Mill. in der Einfuhr und bei 3326 Mill. ℳ im Export angelangt. Im Jahre 1909 waren die entsprechenden Ziffern 5765 bzw. 4611 Mill. ℳ. Dann, im Jahre 1910, hatte die Einfuhr 8989, die Ausfuhr 7636 Mill. ℳ betragen, was das schon seit Jahren festzustellende Ueberringen der Einfuhr über die Ausfuhr noch unterstrich. Tatsache ist, daß im Jahre 1912 die Importe 10 090 Mill., die Exporte nur 8957 Mill. ℳ erreichten. Allerdings haben sich im folgenden Jahre 1913, dem letzten, über welches wir vollständige Statistiken besitzen, die Exporte den Importen beträchtlich genähert." In Wirklichkeit, so schreibt hierzu das Lausanner Blatt, war die günstigere Gestaltung der Handelsbilanz nicht ein Zeichen von glänzenderer Prosperität. Weiß man nicht, daß in reichen Ländern die Einfuhr die Ausfuhr stets überwiegt? Darin liegt nur der Einfluß der Methode der Durchdringung oder der Besitzergreifung um jeden Preis — das Aufkommen desjenigen, was Herr Bellet mit einem sehr richtigen Wort „den ausländischen Kampfhandel" bezeichnet. Im übrigen war der Fortschritt nicht derart, daß weder Frankreich noch England einen Prozentsatz der Zunahme Deutschland gegenübersetzen konnten, der einen Vergleich aushielte. Denn man muß auf einen Punkt Gewicht legen: Nämlich, daß sich die ungeheure Produktion von Reichtum jenseits des Rheins in weitem Maße durch die Bevölkerungsbewegung erklärt. Im Grunde gibt es nur eine Art, sich von dem inneren Werte der Statistiken Rechenschaft zu geben, und die besteht darin, sie im Lichte der Proportionen auf den Kopf der Einwohner zu interpretieren. Wie aber unser Verfasser beweist, sieht man, daß der Handel auf den Kopf der Bevölkerung von 1872 bis zu unserer Zeit in Frankreich von 165 auf 480 Franken gestiegen ist, während er in der gleichen Zeit in Deutschland von 175 auf 400 Franken anwuchs. Freilich — Deutschland hat seinen Außenhandel stark entwickelt, ohne jedoch ein Handelsland „par excellence" zu sein. In Belgien überschritt der Handel, zur Zeit des Krieges von 1870, kaum 300 Franken, hatte aber bereits 1200 Franken und mehr erreicht, als der

Weltkrieg ausbrach. Für Holland sind die Ziffern noch beredter: 470 und 2000 Franken. Und die kleine Schweiz hatte im Jahre 1913 die 400 Franken Deutschlands weit hinter sich gelassen. Und nun gibt die „Gazette de Lausanne“ wieder dem Autor das Wort zu folgenden Ausführungen, über welche sie sich keineswegs erstaunt erklärt: „Es hatte nicht genügt,“ so schreibt Herr Bellet, „daß Deutschland, um den Handel der anderen Länder zu zermalmen, die Rührigkeit, sowie die kommerzielle und industrielle Intelligenz seiner Produzenten zu seiner Verfügung hatte. Es hatte nicht einmal genügt, daß es anfing, mit Wut sozusagen (!) seine künstliche Expansionspolitik in bezug auf Exporte ins Werk zu setzen — jene Politik, die noch in gewollter Weise überhitzt wurde durch Exportprämien, Kartelle, Dumping, unter dem Einfluß einer Eroberungspolitik (!). Denn sicherlich wegen der als unbefriedigend erachteten Ergebnisse dieser laufenden Praxis, dieses Absatzes, koste es was es wolle, auf den Außenmärkten, zu Preisen, die selbst unter dem Selbstkostenpreis waren, — aus allen diesen Gründen hat Deutschland sich in diesen Krieg gestürzt (!), unter Zustimmung aller seiner Kaufleute (!) und aller seiner Industrieller (!), um die Kunden, die ihm noch Widerstand leisteten, zu vergewaltigen (!).“ Es ist schon aus Raumgründen nicht möglich, das Buch des Herrn Bellet in seinen Einzelheiten zu besprechen. Einen großen Teil des deutschen Erfolgs schreibt er dem deutschen Handlungsreisenden zu. Von den 5785 Handlungsreisenden, welche die Schweiz im Jahre 1901 besuchten, kamen 1182 aus Frankreich, 3973 aus Deutschland. Die französischen Commis-voyageurs wären nicht nur selten; sie besäßen auch überraschende Unkenntnisse, während der „deutsche Handel und der deutsche Handlungsreisende immer wunderbar informiert wären.“ Und während die Einen fremde Sprachen lernten, kümmerten sich die Andern nicht um diese nutzbringende Langeweile. Und während die Einen einen ebenso geschickten wie großzügigen Kredit gäben, gingen die Anderen aus ihrer vorsichtigen Routine nicht heraus. Die Schlußfolgerungen des Herrn Bellet? Hier sind sie: Die guten Eigenschaften des Deutschen nachahmen, sich seine Erfahrungen zu nutze machen, sich seine besten Methoden aneignen — seiner üblen Praxis mißtrauen und seine Fehler vermeiden, Frankreich könne dabei nur gewinnen und die Menschlichkeit nichts verlieren.

Lord Milner über die Zukunft.

Im gegenwärtigen Augenblick, wo Lord Milner als einer der starken Männer Englands in das Kabinett George Lloyd's eingetreten ist, werden Worte von ihm über die Zukunft gewiß interessieren. Die „Times“ hatte in den Monaten Juli und August ds. Js. eine Reihe von Aufsätzen „Die Elemente des Wiederaufbaus“ veröffentlicht, die jetzt in Buchform erschienen sind, und zu denen Lord Milner das Vorwort geschrieben hat. „Die Mängel“, so schreibt Lord Milner unter anderem, „die man jetzt dem britischen Geschäftsmann vorzuwerfen pflegt im Gegensatz zu seinem deutschen Konkurrenten sein Konservativismus, sein Mangel an Unternehmungsgeist, seine Nachlässigkeit gegenüber der Möglichkeit, die Hilfe der Wissenschaft in Anspruch zu nehmen — das alles sind nicht so sehr Fehler des Charakters, als die notwendigen Folgen eines veralteten Systems. Die Mehrzahl unserer Geschäftsleute hat unzweifelhaft ihr Bestes auf den Linien, die man sie stets gelehrt hat, getan und hat daher geglaubt, das einzig Richtige zu tun. Sie waren das natürliche Produkt der transitionalen Epoche, welche auf die industrielle Revolution folgte. Der Irrtum, den die Meisten begingen, bestand darin, daß sie glaubten, daß die alten Grundsätze des "Go As You Please“ möglicherweise die dauernden Grundlagen der neuen Ordnung sein könnten. Wir alle aber wissen jetzt, daß es einer neuen Anstrengung in wirtschaftlicher und sozialer Organisation bedarf. Wenn einst der Krieg beendet sein wird, so werden wir uns einer Menge von Schwierigkeiten gegenübersehen, wie sie noch keine Generation von Menschen, deren wir uns irgendwie erinnern können, vor sich gehabt hat. Allen denjenigen, die nicht durch die Kriegsführung selbst völlig absorbiert sind, liegt keine höhere Verpflichtung ob, als dauernd, eifrig, mit Nüchternheit, aber auch mit Phantasie an die neuen Mittel und Methoden zu denken, durch welche jene Schwierigkeiten glücklich überwunden werden können . . .“

Revue der Presse.

Der internationale Metallmarkt forderte von jeher unser Interesse in diesem Weltbrande. Jüngst gab es nun doch eine Sensation, über die das Berliner Tageblatt (3. Dezember) unter der Ueberschrift:

Der wachsende Tribut an Amerika

berichtet. Der Bessemerstahl hatte am 20 November in New York einen Satz von 52,50 $ erreicht. Jetzt sprang der Preis auf 60 $. Ferner zog der Kupferpreis in London erheblich an und gelangte nunmehr auf 151 1/2 £ für die Tonne. Hiernach ist der Höchststand der letzten Hausseperiode (Frühjahr 1916) bereits um 8 1/2 £ übertroffen, und New York verzeichnet einen noch größeren Zuschlag. Auch der Silberpreis ist in die Höhe gegangen, vom April 1916 30 7/8 Pence für die Unze auf 35 7/8 im Anfang Dezember. Das Bemerkenswerteste bei dieser gewaltigen Preissteigerung ist die Verbindung mit den Meldungen, wonach das amerikanische Bundesreserveamt die dortigen Banken davor gewarnt hat, ihre Mittel für auslän-

dische Obligationen, besonders langfristige Anleihen, künftig bereitzustellen. Als Folge dieser aufsehenerregenden Warnung scheiterten die Versuche von J. Morgan & Co., neue britische Schatzanweisungen in Amerika zu plazieren. Es wird hierdurch gezeigt, wie die Bezahlung der Entente-Kriegsaufträge just in dem Moment erheblich erschwert wird, in dem die Zahlungsverpflichtungen wegen der hohen Preise immer mehr anschwellen. So erfährt denn auch der Londoner „Economist", daß infolge der amerikanischen Warnung mit einer Abnahme der Munitionsaufträge in Amerika gerechnet wird. Wozu es aber kaum kommen wird. Denn es ist eher wahrscheinlich, daß der amerikanischen Warnung eine englische Drohung gegenübergestellt werden soll. Mit einer Verringerung der Munitionslieferungen aus Amerika dürfte denn auch kaum zu rechnen sein, aber die Amerikaner werden wissen, was man in solchen Fällen geschäftsmäßig zu tun hat, sie werden nämlich ziemlich sicher künftig bei ihren Lieferungen die Risikoprämien entsprechend steigern und noch schärfere Anleihebedingungen festsetzen. — Im letzten Plutus schrieben wir von „der Angst vor dem Frieden". Nichts kann die Erregung in den Börsenkreisen besser widerspiegeln als die Deroute, die das deutsche Friedensangebot so plötzlich zur Folge hatte. Aber nicht nur die Geldkurse sanken; es ist auch ein

Preissturz am amerikanischen Getreidemarkt

zu konstatieren, wie dasselbe Blatt (14. Dezember) mitteilt. So sank am Dienstag des Friedensangebotes in Chikago die Weizennotierung um mehr als 10 Cent pro Bushel, d. i. etwa 16 M. pro Tonne, und beträchtliche Liquidationen und Zwangsverkäufe aus Angst fanden statt. Die Spannung des Weizenkurses an der Chikagoer Börse zeigt sich in der Gegenüberstellung vom November 1916 = 189 Cent zum Dezember = 154 Cent. Dagegen haben die Baumwollpreise an der Börse von New York (12. Dezember) eine ganz erhebliche Steigerung erfahren; denn es stieg der Lokopreis um 35 Punkte, der Dezemberpreis um 67 und der Januarpreis um 69 Punkte. Demgemäß scheint man in Amerika anzunehmen, daß ein Friedenseintritt eine besonders gesteigerte Nachfrage nach Baumwolle im Gefolge haben werde. — Sehr interessante Ausführungen über

die nordamerikanische Weizenernte

und ihren Einfluß auf den Weltkrieg finden sich im Welthandel (Deutsche Export-Revue, 8. Dezember) aus der Feder des Straßburger Universitätsprofessors A. Sartorius Frhrn. von Waltershausen. Er nimmt darauf Bezug, daß an der Chikagoer Börse der Weizenpreis stark gestiegen ist. Als Ursache gilt die geringe Ernte in der Union. Vor dem Kriege hat man Chikago als das Zentrum der Weltmarktpreisbildung des Weizens angesehen. Mit dem Kriege ist die Aussicht auf ein Monopol noch begründeter geworden. Eine wichtige Frage wird dabei sein, wie sich dazu die Ententeländer und die Neutralen stellen. Für England wird ein Weizenmangel, da auf dem Ozean die englische Marine ausschlaggebend ist, nicht erwartet. Allerdings ist der Bedarf Englands an Weizen mit 220 Mill. Bushels sehr groß. Eine Aufstellung der Verschiffungen vom 1. August 1916 bis zum 13. Juli 1917 ergibt für die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien (alte und neue Ernte), Indien, Argentinien und verschiedene Länder eine Summe von zusammen 426,5 Mill. Bushels, denen ein Gesamtbedarf für England, Frankreich, Italien, Holland, Schweiz, Spanien, Griechenland und nordische Länder von 486 Mill. Bushels gegenübersteht. Diese Bilanzierung stimmt jedoch nur, wenn alles klappt, d. h. wenn der U-Boot-Krieg nicht einen Strich durch die Rechnung macht. Die Weizenknappheit des Weltmarktes kann England eine neue wirtschaftliche Ueberlegenheit über Bundesgenossen und Neutrale geben. Es liegt hier der interessante Fall vor, daß einerseits das Fehlen an Weltmarktweizen in Europa mit Ausnahme unseres Vierbundes — und Rußland große soziale Unzufriedenheit erregen und den Friedensgedanken verstärken wird, daß aber andererseits England seinen Willen, den Krieg bis zum äußersten fortzusetzen, dadurch verstärken kann. Nur wenn England selbst durch den Seekrieg Ernährungsschwierigkeiten erleiden sollte, dann erst würde diese Politik einen starken Stoß erhalten. — Die Schiffsraumnot, in die England geraten ist, wird am deutlichsten beleuchtet im Verkehr mit Indien, wo

die Bewegung der Seefrachten im Kriege,

wie der Berliner Börsen-Courier (12. Dezember) mitteilt, die ungeahnte, aber erklärbare Folge gezeitigt hat, daß die Dampfer neutraler Länder einen erheblichen Vorsprung vor den englischen Dampfern voraushaben, weil eben bei der Nachfrage nach Schiffsraum englische Dampfer nicht verfügbar sind. Die Bewegung der Seefrachten veranschaulicht eine Tabelle, der wir für die Zeit 1914—1916 eine durchschnittliche Spannung von 10 (Schilling per Tonne) zu 55,1 bei der Linie New York—Liverpool und 8,0 zu 152,7 (!) bei der Linie Argentinien—England entnehmen. Schärfer kann die gewaltige Frachtsteigerung in diesem Kriege wohl nicht gezeigt werden. — Der Sieg der Mittelmächte über Rumänien ist, wie niemand bezweifeln wird, auch wirtschaftlich von höchster Bedeutung. Denn auf die

Versorgung mit Weizen und Oel aus Rumänien

ist natürlich unser Augenmerk gerichtet, und es ist, wie in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (11. Dezember) zu lesen ist, gewiß nicht ausgeschlossen, daß schon die nächste Zeit befriedigende Aufschlüsse hierüber geben wird. Allerdings gab es ja eine Zeit, in der die unerhörten Preisforderungen der edlen Rumänen und gewisse betrügerische Manipulationen bei der Ablieferung der von den Zentralmächten gekauften Mengen im deut-

schen Publikum die Meinung von der Bedeutung rumänischer Lebensmittelversorgung stark herabminderten. Dazu kam auch noch der Umstand, daß wir im Frieden tatsächlich weniger aus Rumänien bezogen, weil wir einen großen Teil seiner Erzeugnisse billiger von anderer Seite, größtenteils aus Amerika, beziehen konnten. Jetzt aber liegen die Verhältnisse ganz anders. Besonders günstig ist jetzt für uns die Einfuhr von Petroleum, mineralischen Schmierölen, Rohbenzin, Schwerbenzin, Putzöl usw. Die rumänischen Erdölgebiete sind fast vollständig in die Hände der Mittelmächte gekommen; allein der Bezirk Prohowa umschließt 90 % der gesamten rumänischen Erdölförderung. Weiterhin ist zu beachten, daß deutsches Kapital reich in Rumänien beteiligt ist (ca. 120 Mill. ℳ). Die größte rumänische Erdölgesellschaft mit deutschem Kapital ist die bekannte Steaua Romana. An Oelen können wir jeden Betrag brauchen, den uns jetzt Rumänien liefern wird, und nicht mehr, wie in Friedenszeiten, Amerika. Nicht ganz so günstig liegt der Getreidebezug. Immerhin erreichte die jährliche Weizenausfuhr Rumäniens 40—50 % dessen, was an Weizen in das Deutsche Reich in Friedenszeiten mehr eingeführt als ausgeführt wurde. Aber die Besetzung der Kornkammer Rumäniens, der Walachei, gibt die Gewähr, daß hierdurch ganz erheblich größere Vorräte in Deutschland, das natürlich hierbei nicht leer ausgehen darf und wird, gelangen werden. Vielleicht erleben wir es nun doch bald, daß die Brotration erhöht wird. — Eine nicht unwichtige Frage rollt die Kölnische Volkszeitung (13. Dezember) auf:

Was bedeutet Briey für Frankreich und Deutschland?

Daran knüpft sich die weitere Frage: Kann Frankreich die Erzerzeugung von Briey selbst verarbeiten? Und, wenn nicht, wer soll dann die notwendig rasch steigende Erzförderung von Briey abnehmen. Frankreich selbst ist dazu nicht imstande, denn die Roheisengewinnung im neuen Jahrhundert ist in Frankreich nicht so stark gestiegen, wie z. B. in Belgien und Deutschland, wo sich die Minetteförderung vervierfacht hat. Frankreich blieb tatsächlich nichts anderes übrig, als Minette auszuführen. In sieben Jahren (1902—1909) stieg dort die Ausfuhr von Eisenerzen von 423 000 Tonnen auf 3 907 000 Tonnen. Da weiterhin Belgien und England großenteils ausscheiden, so bleibt nur Deutschland als wichtiger Absatzmarkt für das Becken von Briey übrig. Aus diesem Grunde haben sich auch vorsorglich seit Jahren Hüttenwerke Deutsch-Lothringens und des Saargebietes an Bergwerken des Gebietes von Briey beteiligt, darunter Phoenix, Hoesch, Gelsenkirchen und Thyssen. Bei der gewaltigen Steigerung des Eisenbedarfs im Kriege und weiterhin nach dem Friedensschluß wird sich Deutschlands Abhängigkeit vom ausländischen Erzmarkt vermutlich noch verschärfen. Das muß aber gerade beim Eisenerz, einem für die Kriegführung so wichtigen Rohstoff, vermieden werden. Es folgt aus allem, daß Frankreich gezwungen ist, seinen Ueberschuß an Minette in Deutschland abzusetzen. Deutschland aber hat das größte Interesse daran, seinen steigenden Bedarf im Inlande zu decken. Will sich Deutschland das Becken von Briey beim Friedensschlusse sicherstellen, so werden Frankreichs vitale Interessen dadurch nicht berührt, weil Frankreichs Eisengewerbe die Minette von Briey gar nicht braucht. — Ist ein

Britischer Wollimperialismus

in Aussicht? Im roten „Tag" (6. Dezember) lesen wir eine bemerkenswerte Auslassung hierüber aus der Feder des Herrn Dr. Alfred Manes. Die kriegführenden Parteien sowie die neutralen sind in gleicher Weise an dem Erwerb der Wolle, dieses wichtigen Rohstoffes, interessiert. Bei dem ungeheuren Verbrauche kann natürlich das Angebot die Nachfrage nicht entfernt befriedigen. Ungünstige Witterung beeinflußte die australische Ausbeute, die südamerikanische litt darunter, daß weite Strecken für den Getreidebau benötigt wurden. Dazu kommt, daß in Europa fast alle verfügbaren Vorräte an Wolle aufgebraucht sind, großenteils auch wegen der gesteigerten Nachfrage in den Vereinigten Staaten. Vor Kriegsausbruch bezog Amerika etwa 1 Million englische Pfund südafrikanischer Wolle, im vergangenen Jahre jedoch allein 77 Millionen Pfund aus demselben Gebiete, während man aus Australien zehnmal so viel Wolle als früher bezog. Man vermutet nun in England, daß diese ungeheuren Wollankäufe für deutsche Rechnung geschähen, um die Wolle nach Friedensschluß in Deutschland einzuführen. (Die Idee ist gar nicht so dumm. D. R.) Nach australischen Meldungen sollen in Südamerika 1914 und 1915 die Deutschen allein über 100 Millionen Pfund Wolle angekauft haben und dieses wichtige Geschäft in diesem Jahre fortsetzen. Naturgemäß paßt ein solcher Zustand, wenn er wahr sein sollte, natürlich den Engländern nicht in ihr eigenes Geschäft. Deshalb fordern britische Stimmen schon jetzt den Ankauf der gesamten auf britischen Gebiete erzeugten Wolle (!), die etwa zwei Drittel der gesamten Welt-Wollproduktion darstellt. Auch die australischen Zeitungen sind für ein britisches Wollmonopol. Würde die englische Staatskasse, so argumentiert man, als alleiniger Aufkäufer auftreten, so würde sie ein glänzendes Geschäft (!) machen. Natürlich! Und es ist auch ganz klar, daß „man" die Wollaufkäufe durch Amerika beschränken oder Amerika direkt nötigen müßte, seine Wolle über England zu beziehen. (Wenn nun aber Amerika, das doch auch über einigen Geschäftssinn verfügt, nun nicht will? Wie wird man es dann zwingen können? D. R.) Allerdings hat die englische Regierung schon einen Schritt getan; denn sie hat die „englische" Wollernte zu einem den Preis von 1914 um ein Drittel übersteigenden Satz angekauft, und es überwacht mit Argusaugen die Verarbeitung der Wolle in den Fabriken. Zugleich aber wendet sich England an Australien und Neuseeland, damit auch die dortige Wollerzeugung zu einem Einheitssatze mit Beschlag belegt werden könnte. Aber man wird sich mit der

Regierung in Melbourne gut stehen müssen; denn dort ist man nicht mehr gewillt, weitere Schlachtopfer zu Ehren des großen Bruders auszuführen, und so haben Australien und Neuseeland die britischen Wünsche nur insoweit unterstützt, als sie die Ausfuhr der Wolle nach neutralen Ländern untersagt haben. Aber die Liebe ist ja groß und versetzt Berge und Meere. Ob John Bull auch die Wollaushungerung Deutschlands gelingen wird? — Das Komische, in Paris wird es Ereignis. Es gibt, wie der Welthandel (8. Dezember) mitteilt,

eine „deutsche" Spielwaren-Ausstellung in Paris

und zwar als „feindliche Weihnachtsausstellung" in den Tuilerien, in den Salen des „Jeu de Paume", wo sonst die Pariser Spielwaren ausgestellt werden. Aber die Sache ist gar nicht einmal so komisch als vielmehr recht praktisch. Eine französische Besprechung dieser merkwürdigen Ausstellung, die aus den geleerten zurückgehaltenen Musterkoffern der deutschen Reisenden und den sequestrierten deutschen Lägern stammt, warnt nämlich weite Kreise vor der bisher üblichen Auffassung, daß man in Deutschland nur mittelmäßige Ware herstelle, indem sie das Augenmerk auf diese Ausstellung richtet, die gerade dartut, wie glänzende (!) Resultate die deutsche Industrie in Spielwaren vor und im Kriege hervorgebracht hat. Man soll sie daher eingehend studieren und davon lernen (Aha!). Außer den Spielwaren gibt es da auch zu sehen deutsche Serviettenringe mit dem Namen „Fontainebleau" (!), Federhalter mit einer Ansicht vom Eiffelturm, Aschenbecher mit Ansichten von Nizza und Trouville! Alles „Made in Germany". O, du guter deutscher Michel du. — Viel ist bereits über den bargeldlosen Zahlungsverkehr geschrieben worden, auch darüber, daß die dem Publikum noch etwas ungewohnte Zahlungsverkehrssitte leider noch immer bei einigen Behörden und auch bei vielen Banken auf einen gewissen Widerstand stößt. Interessant ist nun eine Begründung zur Hebung dieses Verkehrs, indem, wie die Deutsche Tageszeitung (6. Dezember) vorschlägt,

der „weiße Scheck" als Zahlungsmittel im Kleinverkehr

anerkannt werden soll. Nach dem Kriege werden voraussichtlich enorme Ansprüche an unsere Fähigkeiten, Zahlungen ins Ausland zu leisten, gestellt werden. Deshalb ist eine Erhöhung des Goldbestandes in den Kassen der Reichsbank nötig, was bereits durch die bekannten Sammlungen, Ankäufe und Einschmelzungen geschieht. Gleichwohl wächst der Notenumlauf schneller als der Goldbestand. Der einzige Weg zur Verminderung des Notenumlaufes ist nun die Erweiterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Der Großverkehr hat sich zwar mit geringen (oben erwähnten) Ausnahmen der neuen Zahlungssitte angeschlossen, nicht so aber der Kleinverkehr, aus Bequemlichkeit und Unkenntnis. Man denkt nicht daran, daß jede Hundertmarknote, die weniger umläuft, eine Stärkung der Reichsbanklage bedeutet, die deutsche Valuta im Auslande kräftigt und somit mittelbar dem vaterländischen Interesse dient. Das alles kann erreicht werden durch die Anerkennung weißer Schecks (nur für bare Abhebungen oder nur zur Verrechnung mit der Reichsbank oder deren Kontoinhaber) als allgemeines Zahlungsmittel. Der Bundesrat hat am 31. August 1916 die Reichsbank ermächtigt, auf sie gezogene weiße Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen, wodurch sie sich zur Einlösung innerhalb der gesetzlichen 10 Tage verpflichtet. Neuerdings ist nun die Reichshauptkasse angewiesen worden, solche Schecks mit dem Verpflichtungsvermerk innerhalb der vorgeschriebenen Frist genau so gut als Zahlungsmittel wie die gesetzlichen übrigen Zahlungsmittel anzunehmen. Danach ist die Schuld schon bei ihrer Eingabe als bezahlt anzusehen. Die Reichshauptkasse ist für die rechtzeitige Vorlegung solcher Schecks bei der Reichsbank verantwortlich. Die dagegen von der Reichsbank nicht bestätigten weißen Schecks tilgen bei der Annahme derselben die Schuld noch nicht. Da nun sonst das Zahlungsgeschäft nur erschwert würde, sollen dafür nur Verrechnungsschecks zur Verwendung kommen. Man kann hoffen, daß die neue Einrichtung sich bald einbürgern wird. Einer besondern Empfehlung bedarf sie kaum. — Die Deutsche Tageszeitung (15. Dezember) nimmt unter dem Titel

Scheingewinne und Vermögenssteuer-Veranlagung

Bezug auf einen bemerkenswerten Vorgang in der Bilanzaufstellung der Schultheiß-Brauerei, wonach der Posten „Gläubiger" in diesem Jahre mit einer Erhöhung um 3 Mill. ℳ auf 6,6 Mill. ℳ erscheint. Im Geschäftsbericht wird nur darüber gesagt, daß man das sich höher ergebende Erträgnis nicht etwa als Gewinn betrachten müsse; das würde sogar einer Täuschung gleichkommen. Denn bei der späteren Umstellung des Betriebes auf die Friedenswirtschaft müßten die Bestände und das Inventar wieder auf die dem Umfang des Unternehmens entsprechende Höhe gebracht werden. Hier liegt eine außerordentlich wichtige Buchungsmaßnahme vor, die nicht nur die Steuerbehörde interessiert, sondern auch für die Landwirtschaft von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Hauptfrage ist, ob solche Beträge als Vermehrung des Vermögens durchweg anzusehen und daher steuerpflichtig sind, oder ob bestimmte Beträge auf den Friedensstand zurückgestellt werden können und demnach unversteuert bleiben. Das agrarische Blatt wendet sich nun nachdrücklich gegen die angeblichen „reinen Gewinne" der Landwirtschaft und verlangt, daß die gleiche Maxime wie bei den Aktiengesellschaften auch den Landwirten zuzubilligen sei. Sie seien in derselben Lage, die Mittel für die Wiederherstellung der Wirtschaft auf den Friedensstand in Reserve zu stellen, und deshalb müsse auch für sie der Abzug von dem Vermögenszuwachs und damit die Steuerfreiheit gefordert werden. Es wird sich fragen, ob die Steuerbehörde diesen Argumentationen Rechnung tragen wird? —

Umschau.

Wilhelm Merton. Herr Ernst Kahn aus Frankfurt a. M. schreibt mir: Wieder ist einer der ganz wenigen von uns geschieden, die man eine Persönlichkeit nennen kann, wieder einer von den allzu wenigen, deren Bekanntschaft einen unverlöschlichen Eindruck hinterlässt. Die grosse Masse weiss nicht, wer Merton gewesen ist, und selbst der mit Personalien wohl Beschlagene wird kaum mehr zu sagen wissen, als dass der Verstorbene, der ausser einigen Ehrendoktoraten keinerlei Titel führte, der nicht Geheimrat, der noch nicht einmal Kommerzienrat, der niemals Reichstagsabgeordneter, der noch nicht einmal Stadtverordneter war, der erste Mann in dem mächtigen Finanz- und Handelskonzern der Frankfurter Metall-Gesellschaft gewesen ist. Das ist ja immerhin auch schon etwas. Denn diese bildet zusammen mit der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft weitaus die grösste Metallhandelsgruppe Deutschlands und bedeutet auch auf dem Weltmarkt eine Macht erster Ordnung. Sie war bis zum Kriegsausbruch aufs innigste mit der führenden Londoner Metallfirma Merton verknüpft und steht auch heute noch in engem Zusammenhang mit der American Metal Co. in New York. Es wäre aber nichts lückenhafter als mit dieser geschäftlichen Seite die Bedeutung des Verstorbenen auch nur annähernd charakterisieren zu wollen. Erfolgreiche Geschäftsleute haben wir in Deutschland mehr. Was für Merton aber wirklich charakteristisch war, das ist seine geniale Mitarbeit an der deutschen Sozialpolitik und der Förderung der Gesellschaftswissenschaft. Das erkennt man schon äusserlich daran, dass ein ganzes Heer von Akademikern der verschiedensten Grade gewissermassen den Hofstaat dieses grossen Mannes bildeten. Man wird keinem Lebenden zu nahe treten, wenn man Merton nach dem Ableben Sonnemanns und Adickes als weitaus bedeutendste Persönlichkeit Frankfurts bezeichnet, wenn auch keineswegs als die bekannteste. Der Beweis für diese Behauptung wird uns auch gleichzeitig die vielseitigen und die eigentlichen Arbeitsgebiete Mertons vor Augen führen: Die Frankfurter Akademie, aus der dann die Universität hervorging, ist das Werk des Verstorbenen, und zwar kam er zu dieser Gründung aus der Erkenntnis heraus, dass die Verbindung zwischen Theorie und Praxis, also zwischen der wissenschaftlichen Nationalökonomie und dem kaufmännischen Leben, noch sehr viel zu wünschen übrig lasse. Wenn einmal die Privatwirtschaftslehre vollständig zur Blüte gelangt ist, so wird sie zweifellos dem Frankfurter Grossindustriellen ein Denkmal setzen müssen. Dabei gehörte dieser nicht zu den Leuten, die ihren Idealen nur ausserhalb ihres eigenen Betriebes nachgehen. Ganz im Gegenteil, dieses Grenzgebiet hat er in allererster Linie in seinem eigenen Unternehmen gepflegt durch die Schaffung des sogenannten Informationsbureaus der Metall-Gesellschaft, die damit lange vor anderen Instituten wissenschaftliche Arbeiten durch einen ansehnlichen Stab junger Akademiker und Handelswissenschaftler pflegte. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, die Arbeitsmethoden dieser kleinen Akademie zu beobachten und kann nur meinen grenzenlosen Respekt davor zum Ausdruck bringen. Die dort angewandten Methoden sind in der Tat ganz einzigartig. Nur mit einer der dort hergestellten Arbeiten ist die Metall-Gesellschaft an die Oeffentlichkeit getreten: Das ist die Metallstatistik. Ihr hoher Wert wird schon allein dadurch bewiesen, dass auch die amtliche Statistik sie als die fast einzige brauchbare Unterlage benutzt. Die Erkenntnis, daß die Theorie vielmehr als bisher von der Praxis befruchtet werden müsse, führte Merton ferner zu der Gründung der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, die neben der Herausgabe zahlreicher monographischer Arbeiten vor allem unseren Staatsbeamten regelmässigen Einblick in das praktische Leben durch Abhaltung von Kursen mit daran sich anschliessenden Exkursionen ermöglichen wollten. Allerdings war Merton der letzte, der die einseitige und alleinige Bedeutung der Theorie überschätzte; noch vor wenigen Monaten meinte er in privatem Gespräche halb scherzend, dass er, seitdem er sich mit gründlichen statistischen Untersuchungen über Metalle beschäftige, ängstlich vor Spekulationen hüte, weil er auf Grund seiner theoretischen Kenntnisse schlechter operiere als früher auf Grund seines Gefühls. Kaum übersehbar ist die Anzahl der von Merton zur Förderung sozialer und wirtschaftspolitischer Ideen ins Leben gerufenen G. m. b. Hs., von denen noch besonders das Soziale Museum zu nennen ist, das sich zur Aufgabe macht, an Hand einer wertvollen Sammlung der einschlägigen Literatur, Statuten und Erfahrungen den Unternehmern bei Pflege sozialer Bestrebungen an die Hand zu geben. Ein ganz besonderes Kapitel müsste Mertons Tätigkeit im Krieg gewidmet werden, weil sie besonders charakteristisch für den Mann ist. Obwohl er schon in den ersten Kriegsmonaten auf besonders tragische Weise auf dem Schlachtfeld einen geliebten Sohn verlor und von diesem Verlust, wie man an dem plötzlich erschreckend gealterten Gesicht nur zu deutlich ablesen konnte, schwer getroffen wurde, widmete er sich doch in seiner unermüdlichen Art den kriegswirtschaftlichen Aufgaben. Dabei verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden, dass er geradezu ängstlich den Kriegsgewinnen aus dem Wege ging, die ja namentlich für den Metallhandel geradezu auf der Strasse lagen. Auf sein Machtwort hin mussten die Direktoren der Metall-Gesellschaft die reichen Lagerbestände zu Preisen verkaufen, die vom rein kaufmännischen Standpunkt aus völlig unverständlich waren. Doch das ist nur die negative Seite. Die aktive Mitarbeit an der Kriegswirtschaft legte er durch ständige Anregungen und Vorschläge bei den zuständigen Berliner Stellen zutage, wobei er fast immer den Nagel auf den Kopf traf. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat er sich bei den Vorschlägen niemals ein Blatt vor den Mund genommen, so oft er bei den höchsten Reichsstellen die gemachten Fehler kritisierte. Seiner Eigenart entsprechend rief er auch gleich bei Kriegsausbruch eine ausserordentlich wertvolle wirtschaftliche Informationsquelle ins Leben, den wirtschaftlichen Nachrichtendienst, der mit einem ansehnlichen und namentlich auch qualitativ beachtenswerten Stabe die gesamte in- und namentlich ausländische Presse unter dem Gesichtspunkt des Interesses für die deutsche Wirtschaft bearbeiten liess. Die fast täglich herauskommenden Publikationen dieser Institution sind für den ernsten Erforscher der Kriegswirtschaft gar nicht zu entbehren. Zur Abrundung seines

Bildes sei noch erwähnt, dass mit auf Mertons Veranlassung in Frankfurt a. M. eine regelmässige Zusammenkunft der Intellektuellen aller Stände und Parteien stattfindet, um, frei von Gehässigkeit, zu den grossen Problemen dieser ernsten Zeit Stellung zu nehmen. Die entstandene Lücke ist für Frankfurt, ist für Deutschland nicht auszufüllen, wenn auch der Verstorbene manche weitschauenden Bestimmungen zur Weiterführung seines Lebenswerkes getroffen hat.

Die amerikanische Bankwelt gegen nichtamerikanische Banken. Man schreibt mir: Die seit dem Kriegsausbruch von der amerikanischen Regierung eingeleitete Aktion, dahingehend, die einheimische Kaufmannswelt zur Bearbeitung des Auslandsgeschäftes zu verhalten, hat natürlicherweise ihren Ausdruck nicht nur in Exportorganisationen der verschiedensten Art gefunden, sondern hat auch auf die Ausgestaltung des amerikanischen Bankwesens übergegriffen. Als Ausfluss dieser Expansionstätigkeit ist das Gesetz anzusehen, welches den amerikanischen Banken die Betätigung ausserhalb der Vereinigten Staaten gestattet und damit der Etablierung von Zweigniederlassungen die Wege ebnet. Es zeigte sich, nach den ersten Massnahmen der amerikanischen Bankwelt, dass man Unrecht hat, in der ganzen Aktion eine Spitze lediglich gegen die deutschen und österreichischen Finanzinstitute zu finden, die Filialen in den überseeischen Staaten gegründet haben. Vielmehr zeigt sich ganz augenscheinlich, dass man es amerikanischerseits auch mit der Konkurrenz gegen die englischen Banken ernst meint, die beispielsweise in Südamerika seit Jahrzehnten ungestört ihre Geschäfte betrieben haben. Dass die Gründungen der National City Bank die meiste Beachtung fanden, liegt erstens daran, dass dieses Institut eines der grössten in Amerika ist und zweitens daran, dass es gleichzeitig eine geradezu fieberhafte Tätigkeit entwickelte. Diese Bank hat innerhalb eines Jahres Filialen in Buenos Aires, Rio de Janeiro, Santos, Sao Paulo errichtet und in Kuba, und ist eben dabei, noch weitere Filialgründungen in Südafrika vorzunehmen. Denn auch das direkte Geschäft zwischen Südafrika und den Vereinigten Staaten hat sich in beiden Verkehrsrichtungen so gewaltig entwickelt, dass man die englischen Banken, die bisher massgebend gewesen sind, gänzlich auszuschalten beabsichtigt. Zu diesem Zwecke sind bereits zwei südafrikanische Banken daran, in New York Filialen aufzumachen, und das Gerücht, dass die National City Bank sich in Südafrika in der gleichen Weise betätigen will, hat sich verdichtet. Neben diesen „reinen" Filialgründungen hat die National City Bank grosse Kapitalien in Bankunternehmungen investiert, die bereits jetzt in China die amerikanischen Interessen vertreten. Noch mehr Bedeutung aber kommt der Gründung der International Banking Corporation in New York zu, die mit einem ganz besonderen Programm ins Leben gerufen worden ist und die bereits jetzt Filialen in Japan, China und Indien errichtet hat. Bei der I. B. C. sind auch andere führende New Yorker Bankfirmen beteiligt, so dass es sich um ein Institut von aussergewöhnlich breiter Grundlage handelt. Das wird man auch verstehen, wenn man sich das Programm näher ansieht, dessen Verwirklichung diesem Finanzinstitut vorbehalten ist. Um die Ausfuhrtätigkeit der amerikanischen Industrie, welche besonders der Einrichtung von Förderanlagen, von Fabriken, von Transportunternehmungen usw. dient, zu heben, wird die I. B. C. den amerikanischen Lieferanten Zahlung leisten bei Verschiffung der Waren ab New York. Die überseeischen Käufer werden durch Hingabe von Sicherheiten der I. B. C. die Flüssigmachung von Mitteln behufs Deckung der Lieferantenfakturen ermöglichen. Die I. B. C. ist also die Finanzvermittlungsstelle für die grossangelegten Exportoperationen der in Betracht kommenden amerikanischen Industrien. Da man den rein amerikanischen Banken die Belastung mit derartigen Industrierisiken nicht zumuten konnte, so ist die I. B. C. als Glied in die Kette eingeschaltet. Obgleich der Gedanke, der hier Verwirklichung finden soll, keineswegs als neuartig angesehen ist, so ist dennoch zuzugeben, dass die Amerikaner es verstanden haben, in ihren ausgedehnten Exportbestrebungen eine gewisse Grosszügigkeit zu bringen, die jedenfalls dahin führen wird, dass auch nach dem Kriege die Exportbewegung aus Amerika sich in vor dem Kriege ungewöhnlich grossen Dimensionen bewegen wird. Augenscheinlich verfolgt man mit der ganzen Aktion auch den Zweck, für jene Industrien Beschäftigung zu finden, die gegenwärtig durch Kriegslieferungen überlastet sind, aber nach Kriegsbeendigung Umschau werden halten müssen nach neuen Absatzgebieten. Diese Neugründungen der amerikanischen Bankwelt sind also nichts anderes als ein Hilfsmittel für die Ueberleitung aus der gegenwärtigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Man will der amerikanischen Industrie, den Arbeitern, den Schiffahrtsgesellschaften und den sonst mitinteressierten Faktoren die Wege ebnen, die zu einer grossangelegten Exportpolitik nach dem Frieden führen. Man ist dabei von dem Wunsche beseelt, den europäischen Industrienationen, einschliesslich der grossbritischen, die Betätigung im Auslandsgeschäft möglichst zu erschweren. Man sagt sich in den Vereinigten Staaten, dass insbesondere Deutschland nach einer gewissen Uebergangszeit es sich besonders angelegen sein lassen wird, sein Auslandsgeschäft zu forzieren. Deutschland kann nicht auf ein Exportgeschäft von 23 Milliarden pro Jahr verzichten. Was während der Kriegsjahre sich die Amerikaner im Exportgeschäfte haben aneignen können — so wollen es die leitenden Stellen dort —, soll ihnen nicht nur bleiben, sondern soll noch eine ganz wesentliche Vermehrung erfahren. Gewiss hat man es hauptsächlich wohl auf Deutschland abgesehen, man geniert sich aber keineswegs auch jetzt schon zuzugestehen, dass man auch dem Wiederauftreten des englischen Exports überall dort entgegentreten will, wo es sich um Industrieerzeugnisse handelt, die von amerikanischer Seite ebenfalls geliefert werden können. Auch mit Japan will man nach dem Kriege abrechnen. Wirtschaftlich ist Japan während des Krieges ganz enorm in die Höhe gewachsen. Das ist den Amerikanern selbstverständlich nicht gleichgültig, schon deshalb nicht, weil das wirtschaftliche Wohlergehen auf politische Ambitionen expansiv einwirkt. Man hat gewiss in Amerika ein besonderes Interesse daran, den japanischen Wettbewerb in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten. Ob diese Ansicht Verwirklichung finden wird, ist schon deshalb zu bezweifeln, weil sich Japan während der Kriegsjahre finanziell aufgerafft hat

und ganz bedeutende Staatsmittel bereits dafür verwendete, die einheimischen Industrien, besonders die Exportindustrien, zu unterstützen, ferner weitere Mittel bereit gehalten sind, um diese Aktion nach dem Kriege in der gleichen Richtung und in der gleichen Stärke beibehalten zu können.

Die von der amerikanischen Finanzwelt unter dem Schutz der amerikanischen Regierung eingeleitete Aktion hat zunächst nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Charakter, und zweifelsohne wird der einmal betretene Weg weiter gegangen werden und zu einer Ausgestaltung führen, mit welcher der deutsche Export ernstlich zu rechnen haben wird. Es ist auch keineswegs ausgeschlossen, dass die deutsche Bankwelt sich mit neuen Aufgaben vertraut zu machen haben wird. Gewiss sind die deutschen Banken in den Ueberseestaaten bisher in der Lage gewesen, nicht nur die Ansprüche aus der Heimat zu befriedigen, sondern auch durch eine Tätigkeit im überseeischen Auslande selbst, immer mehr an Bedeutung za gewinnen. Sind es doch mit die Erfolge der deutschen Banken in Südamerika, welche, wie offen zugegeben wird, den ersten Anstoss in New York für die gegenwärtig eingeleitete Finanzpolitik gegeben haben. Man wird deutscherseits bei dem nicht stehen bleiben können, was man vor dem Kriege getan hat, sondern man wird vielmehr dem Beispiele, das die amerikanische Hochfinanz gibt, nachzustreben bemüht bleiben müssen. Das sind aber Fragen, die hier nur referierend gestreift zu werden brauchen. Die Zeit nach dem Kriege wird uns zeigen, in welcher Richtung die deutsche Bankwelt zu arbeiten haben wird.

Der Lastkraftwagen in der Neuzeit.

Man schreibt mir: Schwierige und gefährliche Aufgaben hatte der Lastkraftwagen während des Krieges zu erledigen, bei deren Lösung sich die meisten Systeme gewachsen zeigten. In welchem hohen Masse dieses Transportmittel aber auch nach dem Kriege Verwendung finden wird, ist in weiten Kreisen von Fachmann und Publikum immer noch nicht so recht bekannt; in demselben Masse wie auch viele Militärpersonen sich eine derartige Ausdehnung des Automobilbetriebes im Heere nicht vorgestellt hatten. Wenn sich, wie zu erwarten steht, nach dem Kriege eine erfolgreiche Fortentwickelung von Deutschlands Industrie, Handel und Gewerbe bemerkbar machen wird, ergibt sich hieraus die Notwendigkeit vermehrter und verbesserter Verkehrswege. Besonders dort, wo man zur Neuschaffung von Verkehrsverbindungen im Hinterland weder viel Interesse noch Material und Arbeitskräfte hat, wird nach Friedensschluss zweifellos eine vorteilhafte Verkehrsverbindung von grosser Wichtigkeit sein, einerseits um dem reisenden Publikum eine bequemere Transportgelegenheit zu bieten als die Postkutsche und das Lohnfuhrwerk, anderseits um den Landesprodukten den Weg nach den besten Absatzgebieten zu eröffnen und den Industrieerzeugnissen leichteren Zutritt zu gestatten. Weiter wird das Entstehen neuer Industrieunternehmungen im Bereich der Kleinbahn gefördert, da sie das rationelle Versenden der Erzeugnisse nach den wichtigsten Handels- und Marktplätzen ermöglicht. Von diesen Gesichtspunkten kann aber wohl nur dann der Bau einer Kleinbahn in Aussicht genommen werden, wenn die gegenwärtige Besiedelung des zu erschliessenden Landes oder doch dessen Beschaffenheit eine derartige ist, dass ein entsprechender Personen- und Frachtverkehr zu erwarten ist oder doch nicht in zu ferner Zukunft wahrscheinlich wird. Man darf nicht vergessen, dass die Kleinbahn eigentlich ein Unternehmen sein sollte, das Geld verdient. Wenn nun einerseits Kleinbahnen unfruchtbar bleiben, weil ihr Hinterland selbst nicht genügend produktiv ist, anderseits an anderer Stelle keine zweite Bahn besteht, weil der politische Einfluss der Gegend zu gering war, obwohl sie eines Anschluss-Verkehrsmittels bedürfte, stehen wir vor der betrübendan Tatsache einer sehr unrationellen und ungerechten Eisenbahnpolitik, deren Folgen die ganze Bevölkerung zu tragen hat. Wo nun die Anlage eines Schienenweges durchaus unrentabel ist, wird durch die Errichtung von Automobillinien dem Verkehrsbedürfnis in ausreichender Weise Rechnung getragen, ohne dass hierdurch so hohe unproduktive Investitionen nötig wären, wie bei dem Bau einer Kleinbahn. — Bisher wurden Automobillinien in der Hauptsache mit Rücksicht auf den Personenverkehr gegründet, wie in den Alpenländern, Böhmen, Mähren und Schlesien. Wir sind aber der Ansicht, dass hauptsächlich nunmehr auch der Frachtverkehr in Rechnung zu ziehen wäre, denn das Automobil ist heute besonders auf guten Strassen der Kleinbahn ebenbürtig und kann bis auf gewisse Distanzen hin diese sicherlich ersetzen. Die Anschaffung einer Anzahl Automobillastzüge steht in gar keinem Vergleich zur Herstellung einer Kleinbahn, die an Bau- und Betriebskosten einen derartig hohen Aufwand erfordert, dessen Verzinsung allein etwa die Hälfte der gesamten jährlichen Betriebsauslagen der Automobillinie ausmacht. Wenn daher die Kleinbahnanlage nicht eine sehr hohe Frequenz aufweist und das rollende Material bei relativ dichtem Zugverkehr sehr gut ausgenützt wird, muss eine Automobillinie, deren Verkehrskapazität fast beliebig durch Einstellen weiterer Fahrzeuge erweitert werden kann, rentabler erscheinen. Dadurch, dass wir heute die Möglichkeit haben, berechtigte Verkehrswünsche billiger als durch den Bau einer ganzen Bahnanlage zu erfüllen, deren Rentabilität von vornherein angezweifelt werden muss, ist der Staat in der Lage, auch die auf rein politischer Basis ruhenden Wünsche der Abgeordneten und der Bevölkerung zu erfüllen, da man an Stelle der kapitalverzehrenden Eisenbahn die kapitalproduzierende Automobillinie bewilligen kann. Ein weiterer beachtenswerter Punkt hinsichtlich der Verwendung des Lastkraftwagens liegt darin, dass die Industrie nach dem Kriege das Anschlussgeleise wird entbehren können. Es wurde bei den Eisenbahnverwaltungen erwirkt, dass unmittelbar von der Fabrik Geleise nach der nächsten Station gelegt wurden. Die Waggons werden sodann von der Station, soweit es sich um Eingangsgut handelt, der Fabrik überwiesen und auf dem Anschlussgeleise durch Lokomotiven ihr zugeführt. Die Fabrik hat die Aufgabe, die Waggons möglichst schnell zu entladen und sie mit Industriegütern wieder beladen der Bahn zu übergeben die gewöhnlich noch am Abend die beladenen Waggons abholt, der Station zuführt und dann deren Weitertransport bewerkstelligt. Nach dem Kriege wird das rollende Material seitens der Eisenbahn noch dringender gebraucht werden als vorher und der Wagenmangel wird hierdurch

noch viel empfindlicher werden, ganz abgesehen davon, dass durch den Krieg Tausende von Waggons unbrauchbar geworden sind.

Daraus ergibt sich, dass jene Fabriken besser gestellt sein werden, die sich von den Anschlussgeleisen unabhängig machen und infolgedessen ihren Verkehr mit den Eisenbahnen so regeln können, wie es ihnen am besten passt. Diese Möglichkeit wird den Fabriken durch den Lastkraftwagen geboten. Wenn die Fabrik durch einen geregelten Lastwagenverkehr die Massenbeförderungen in beiden Richtungen so zu regeln versteht, dass ihre eigenen Ansprüche den Forderungen der Eisenbahnverwaltungen entsprechen, so wird die Industrie vielfach in der Lage sein, sich in Gegenden — in nächster Nähe des Rohmaterials — anzusiedeln, die wohl auch bisher alle Vorteile für sie zeigten, des Bahnanschlusses wegen aber unbeachtet bleiben mussten. Für den Lastkraftwagen bleibt es ja ziemlich gleich, ob er auf einer guten Strasse ein paar Kilometer mehr oder weniger zu durchlaufen hat; für die Fabrik aber ist es von Bedeutung, sich dort anzusiedeln, wo ihr die günstigsten Vorbedingungen geboten sind. Für die Lastkraftwagenindustrie würde sich natürlich dadurch ein bedeutendes Betätigungsfeld eröffnen. Die Tausende von Lastautomobilen, die nach dem Kriege frei werden, könnten zu guten Bedingungen Unterkunft finden, und vor allem Neukonstruktionen, die den Verhältnissen angepasst sind, würden auf starken Absatz rechnen können.

Deutsche Banken in der Levante. Man schreibt mir: Die verbreiterte Grundlage, welche die Deutsche Orientbank durch den Eintritt deutscher und österreichischer Banken erhalten hat, legt den Gedanken nahe, zu untersuchen, ob das deutsche Finanzinstitut im nahen Orient Aussicht hat, in Anspruch genommen zu werden von allen deutschen Interessenten, die, in Verzweigungen verschiedenster Art, Geschäftsverbindungen mit der Levante unterhalten. Wollte man die zukünftige Entwickelung des deutschen Bankgeschäftes lediglich messen an den Verhältnissen, die vor dem Kriege zutage getreten sind, so käme man zur Behauptung, dass ein grosser Teil des deutschen Bankgeschäftes in die Hände von levantinischen Bankinstituten fallen würde, die ihrer Nationalität und politischen Richtung nach, zu den Widersachern alles dessen gehören, was deutsch ist. Wir brauchen beispielsweise nur daran zu erinnern, das vor dem Kriege die Banque Impériale Ottomane, der Crédit Lyonnais ferner eine ganze Reihe von französischen und englischen Privatbanken, mit Aufträgen bedacht worden sind, die von deutschen Exporteuren und Fabrikanten herrührten. Und dabei ist zu betonen, dass die Vermittelung dieser nichtdeutschen Banken nicht etwa ihre Ursache hatte in den Vorschriften, die seitens der levantinischen Geschäftsfreunde vorlagen, sondern, dass oft die langjährige Gewohnheit und vielfach auch die Unkenntnis über die fortschreitenden Entwickelungen in der deutschen Bankwelt diese eigenartige Erscheinung zeigte. Die bereits genannten zwei grossen Banken waren vor dem Kriege von einer so überwiegenden internationalen Bedeutung, dass ihnen gegenüber die deutsche Orient-Bank und die Deutsche Palästina-Bank ziemlich klein erschienen, umsomehr, als man ruhig behaupten kann, diese beiden deutschen Gründungen hätten wenig getan, um in Deutschland selbst innerhalb der Interessenkreise für das Bekanntwerden ihrer Firmen zu sorgen. Es widerstrebt gewiss so grossen Bankunternehmungen, wie es die beiden deutschen Institute waren, die Reklametrommel zu rühren. Aber gerade daran liegt es, dass diese beiden deutschen Unternehmungen verhältnismässig wenig in Deutschland selbst bekannt wurden und dass sie deshalb ihr Hauptaliment aus den Zuweisungen bezogen, das ihnen die deutsche Bankwelt zuführte. Gewiss geht ein grosser Teil der bankgeschäftlichen Operationen Deutschlands durch die Vermittlung der in Deutschland ansässigen Banken; infolgedessen war den beiden deutschen Unternehmungen im Orient ein grosser Teil des deutsch-levantinisch-orientalischen Geschäftes gesichert. Aber viele Exporteure und und Kaufleute, Fabrikanten und Agenten, die, aus welchen Gründen immer, ihr levantinisches Geschäft mit einer Bank am Bestimmungsorte abwickelten, waren, bei der Wahl dieser Bank, nicht immer von dem Gesichtspunkt geleitet, deutsche Unternehmungen unter allen Umständen zu bevorzugen. Es unterliegt nun keinem Zweifel, dass nach dem Kriege die verhältnismässige Gleichgültigkeit in der deutschen Kaufmannschaft mit Bezug auf die Wahl der levantinischen Bank zu Ende sein wird und dass man dessen sicher sein kann, soweit deutsche Auftraggeber in Frage kommen, französische oder englische Institute für deutsche Bankoperationen in der Levante ausgeschaltet zu sehen. Dieser ganz natürliche Umschwung muss aber von der Deutschen Orientbank und den anderen deutschen Bankfirmen im Orient unterstützt werden. Dies kann nur in der Weise geschehen, dass eben auf die Existenz dieser deutschen Banken in der Levante in entsprechender Weise hingewiesen wird, was wieder nur durch die Reklame in ihren verschiedenen Abstufungen möglich ist. Es ist schliesslich nicht von Bedeutung, in welcher Weise die deutschen Interessenten von dem Wirkungskreis der Deutschen Orientbank informiert werden. Hauptsache ist, dass die deutsche Kaufmannschaft, in allen ihren Unterabteilungen und kleinsten Verzweigungen, von der Existenz der deutschen Banken in der Levante Kenntnis erhalte gleichzeitig mit der Angabe des so sehr ausgedehnten Filialnetzes, eine Information, die von grosser Bedeutung ist, weil gerade in den kleineren levantinischen Städten ein vertrauenswürdiges Bankhaus von internationalem Wert nicht so leicht herauszufinden war, und eben deswegen ist man immer wieder auf den Crédit Lyonnais oder die Banque Ottomane verfallen. Wenn die deutsche Exportwelt fortwährend und in geeigneter Weise auf das grosse Tätigkeitsgebiet aufmerksam gemacht wird, das der Deutschen Orient-Bank vorbehalten ist, so kann man dessen sicher sein, dass kein deutscher Kaufmann es versäumen wird, die Vermittlung dieses Institus in Anspruch zu nehmen.

„Bargeldloser Zahlungsverkehr.“ Im „Plutus“ vom 6. Dez. ds. Js., 49/50. Heft, S. 539, findet sich in einer Zuschrift über den „bargeldlosen Zahlungsverkehr“, die Bemerkung dass „die Reichsbank für die umgehende Ausführung von Ueberweisungen zurzeit keine Gewähr übernimmt“. Diese Bemerkung ist unzutreffend und bedarf einer Berich-

tigung. Alle aufgegebenen Ueberweisungen werden bei sämtlichen Bankanstalten noch am Tage der Einlieferung der roten Schecks avisiert (eine Ausnahme machen nur die Nebenstellen mit beschränktem Giroverkehr, welche die Ueberweisungen in Beträgen von unter 1000 *M* erst über ihre vorgesetzte Bankanstalt leiten) Es kann daher nur eine Ablehnung der Gewähr für den rechtzeitigen Eingang der Ueberweisungen am Bestimmungsort in Frage kommen. Eine solche Gewähr kann aber von der Reichsbank nicht übernommen werden, da die Beförderung der Ueberweisungen der Post obliegt.

Das Reichsbank-Direktorium.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die starke Tat der Mittelmächte, mit der sie ihre Gegner zu Friedensverhandlungen riefen, hat eine Revolution auf dem internationalen Devisenmarkt hervorgerufen, die zwar nur von kurzer Dauer war, aber doch einen Vorgeschmack von dem giebt, was sich bei Einleitung wirklicher Friedensverhandlungen an jäher Umwertung mancher durch den Kriegszustand geschaffenen Wertbemessungen im internationalen Verkehr ergeben wird. Es kam allerdings verschärfend hinzu, dass kurz vorher infolge von Zusammenhängen, die wir in unserer letzten Betrachtung behandelt haben, wie Nachlassen des Exports usw., ein empfindlicher Kursrückgang der Reichsmark und österreichisch-ungarischen Kronen an den neutralen Plätzen eingetreten war, der sicher nur zum Teil auf den erwähnten natürlichen Ursachen beruhte. Gerade aus der heftigen Erholung, welche die Friedensanregung der Mittelmächte im ersten Moment verursachte, ist zu ersehen, dass starke Baissepositionen in beiden Devisen bestanden, deren Träger kopflos zu Deckungen schritten. Ohne Zweifel hat man es bei diesen Baisseoperationen nicht mit einer Laune der Spekulation zu tun, sondern es wird geschickt von feindlicher Seite in unseren Valuten, in Momenten, wo sich aus den genannten natürlichen Gründen stärkeres Angebot ergiebt, diesem durch umfangreiche Blankoabgaben nachgeholfen und hiermit die internationale Spekulation, welche sich von starker Hand geführt sieht, zu Beteiligungen an solchen Baissemanövern angeregt.

Man findet nun in der Tagespresse verschiedentlich die Aufforderung an die Reichsbank, solchen Manipulationen durch kräftige Interventionskäufe in dem entscheidenden Moment entgegenzutreten und überhaupt den Kurs der Markvaluta an den neutralen Plätzen unter ständiger, wirkungsvoller Kontrolle zu halten. Eine solche regulierende und überwachende Tätigkeit, wie sie die Reichsbank mit gutem Gelingen in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch am heimischen Devisenmarkte ausüben konnte, würde aber jederzeit verfügbare erhebliche Bestände an neutralen Valuten erfordern, deren Bereithaltung unter den heutigen Verhältnissen nicht zu erreichen ist. Gewiss ist der englischen Regierung etwas Aehnliches in Amerika bisher gelungen, die Hilfsquellen und Möglichkeiten, die aber England an dieser Stelle gegeben sind, sind uns in unserer heutigen Lage nun einmal nicht zugänglich. Vor allen Dingen hat hier England mit einem überaus grossen Besitz an neutralen Effekten operiert,

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 20. Dezember	*G.-V.:* Carl Kaestner Akt.-Ges, Löwenbrauerei Peter Overbeck, Böhmisches Brauhaus Berlin, Cottbuser Maschinenbau-Anstalt und Eisengiesserei, Zuckerraffinerie Halle. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Dänische Landmannsbank.
Donnerstag, 21. Dezember	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* König-Brauerei Duisburg-Ruhrort, Leipziger Bierbrauerei Riebeck, Viktoria-Brauerei Akt.-Ges. Berlin, Spandauerberg-Brauerei, Germania-Brauerei Dortmund, Holzindustrie Hermann Schütt, Norddeutsche Waggonfabrik Bremen, Schrauben- und Mutternfabrik Riehm & Söhne, Rhenania Ver. Emaillirwerke.
Freitag, 22. Dezember	*G.-V.:* Dellarocca Chemische Fabriken, Akt.-Ges. für Elektrizitätsanlagen, Elektrische Licht- und Kraftanlagen Akt.-Ges., Kullmann & Co., Peiner Walzwerk, Brauerei Kunterstein, Bürgerliches Brauhaus München, Wiesbadener Kronenbrauerei, Aktienbrauerei-Ges. Friedrichshöhe (Patzenhofer) Spandau-West Akt.-Ges. für Grundstücksverwertung.
Sonnabend, 23. Dezember	Bankausweis New York. — *G.-V.*. Allgemeine Ungarische Creditbank, Westdeutsches Eisenwerk Kray, Hannoversche Eisengiesserei, Hoefel Brauerei Düsseldorf.
Montag, 25. Dezember	Weihnachtsfest.
Dienstag, 26. Dezember	Weihnachtsfest.
Mittwoch, 27. Dezember	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Akt.-Ges. für Boden- und Kommunalkredit in Elsass-Lothringen, Metallgesellschaft Frankfurt.
Donnerstag, 28. Dezember	*G.-V.:* Deutsche Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Siemens Elektrische Betriebe, Bierbrauerei Akt.-Ges. Gebr. Hugger, Tilsiter Aktien-Brauerei, Bauland Seestrasse-Nordpark, Herbrand Waggonfabrik, Dresdner Maschinenfabrik Uebigau, Osuna-Rochela Plantagen-Ges., Guatemala Plantagen-Ges., Akt.-Ges. für Stickstoffdünger Knapsack.
Freitag, 29. Dezember	*G.-V.:* Hanseatische Plantagen-Ges., Schlegel-Brauerei Bochum, Eisenwerk Willich Akt.-Ges., Elberfelder Papierfabrik. Hirsch Tafelglasfabrik.
Sonnabend, 30. Dezember	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Löwenbrauerei Akt.-Ges. Berlin, Schlossbrauerei Schöneberg, Crusauer Kupfer- und Messingfabrik. — Schluss der Einreichungsfrist Eisen- und Stahlwerk Krone, Schluss des Bezugsrechts Akt.-Ges. Lauchhammer, Bezugsrechts Gothaer Waggonfabrik.
Montag, 1. Januar	Neujahrsfest.

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Dienstag, 2. Januar	*Reichsbankausweis. — Dezember- bzw. Jahresausweis Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges., Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, Hamburger Strasseneisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn.* — Schluss der Anmeldungsfrist Akt.-Ges. Lauchhammer.
	Verlosungen: 20. Dezember: Congo 100 Fr. (1888), 3% Pariser 400 Fr. (1910). 22. Dezember: Credit foncier de France 2⁴/₅% Pfandbr. (1895) desgl. 2³/₅ und 3¹/₂% Comm.-Obl. (1892, 1906, 1912). 26. Dezember: 2% Pariser I. Met.-Eisenb.-Anl. (1899). 27. Dezember: Ungarische Hypothekenbank, Conversions-Präm.-Obl. (1906). 31. Dezember: Braunschweiger 20 Tlr. (1868), San Marino 25 Lire (1908), Venediger 30 Lire (1869).

der ja heute vielleicht schon stark verringert oder als Pfandobjekt in Anspruch genommen ist, aber doch noch einige Zeit zu Gunsten der Ententevaluten wirksam sein wird. Uns stehen Beträge solchen Umfangs bei weitem nicht zur Verfügung. Immerhin gewinnt man den Eindruck, als ob die noch vorhandenen Werte, deren Höhe durch die kürzliche Bestandsaufnahme der Regierung bekannt sein müsste, durchaus nutzbringend für uns angelegt werden und der Reichsbank bei Beschaffung der notwendigen Devisenbeträge kräftige Hilfe leisten könnten.

Die Schwankungen des Markkurses an den verschiedenen neutralen Plätzen waren, wie erwähnt, in den letzten Tagen ausserordentlich. In Holland hob sich der Kurs für Auszahlung Berlin von seinem tiefsten Stand von ca. 38 unter dem Eindruck der deutschen Erklärung bis 46, um dann bei den ersten Presseäusserungen aus den Ententeländern wieder auf 41 zu sinken. Der Kurs der Reichsmark in der Schweiz war niedrigst etwa 78, stieg bis auf ca. 86 und wich schliesslich wieder auf 79. Vista Berlin hob sich in New-York von dem tiefsten Stand von etwa 65½ auf 71. Diese Schwankungen geben einen Begriff von der Desorganisation der Märkte, im Moment, als der Schritt der Mittelmächte bekannt wurde. Vielleicht werden die üblen Erfahrungen, welche die Contermine in diesem Augenblick gemacht hat, sie in Zukunft etwas zur Vorsicht mahnen. Uebrigens war es der Entente in den letzten Wochen auch keineswegs gelungen, ihre Kurse an den neutralen europäischen Plätzen zu halten, und sowohl Pfunde wie Franken mussten sich in Spanien, der Schweiz und Skandinavien einen stärkeren Kursrückgang gefallen lassen; nur in NewYork, wo die Entente den Markt selbst reguliert, hielten sich die Devisen. Ebenso behaupteten sie in Amsterdam besser ihren Stand, da es hier England gelingt, durch mehr oder minder sanften Druck immer wieder Schatzwechsel zur Diskontierung zu bringen.

Man darf bei Erörterung der Beeinflussungsmöglichkeiten des Kurses unserer Valuta nicht ausseracht lassen, dass heute die Sendungen von Gold, welche in normalen Zeiten ein unbedingtes Ausgleichsobjekt bieten, kein jederzeit anwendbares Regulierungsmittel darstellen. Gewiss gibt die Reichsbank immer wieder Beträge für diesen Zweck her, und die ständige weitere Steigerung unseres Goldbestandes muss angesichts solcher Abflüsse als besonders bemerkenswerter Erfolg betrachtet werden. Man darf aber nicht vergessen, dass der Aufnahme des Goldes bei den für uns erreichbaren Neutralen augenblicklich infolge mancherlei Rücksichten, welche deren Regierungen zu nehmen genötigt sind, Schranken gesetzt werden. Bekanntlich hat z. B. die schwedische Reichsbank vor geraumer Zeit als erste Notenbank sich ihrer Verpflichtung zum Ankauf von Gold entbinden lassen, um England zu zwingen, die von Schweden bezogenen Waren anstatt durch Metall, in grösserem Umfange durch andere Warenimporte zu begleichen; das Gold hat also hier angesichts der Warenknappheit von seinem Wert als Tauschmittel eingebüsst. Der Mangel an allen möglichen Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens bei den meisten Neutralen hat nun zu erweiterter Anwendung solcher Praxis gesichert, so dass es heute kaum möglich wäre, wollte man selbst zu Goldexporten grossen Styls schreiten, hiermit den vollen Erfolg für die Kursentwicklung der eigenen Valuta zu erzielen. Deshalb gilt es in erster Linie, den Export, soweit es wirtschaftliche und militärische Möglichkeiten irgendwie zulassen, wieder zu heben und die in unserem Besitz befindlichen neutralen Effekten, wie es immer nur möglich ist, auf dem Wege des Verkaufs oder der Lombardierung für uns nutzbar zu machen.

Am heimischen Geldmarkt liegt Bemerkenswertes nicht vor. Der Verkehr zeigt die gewohnte Flüssigkeit. Als Neuerung ist zu erwähnen, dass die Reichsbank die Abgabe von Schatzscheinen zu Vorzugsbedingungen zur Vorbereitung der Einzahlung auf die nächste Kriegsanleihe wieder aufgenommen hat. Sie gibt diese, sofern ihre Verwendung in der erwähnten Weise garantiert wird, zu 4½ und 4⁹/₁₆%, während sie bei sonstigen Verkäufen nur 4¹/₄% Diskont vergütet. Das Interesse für diese Anlage mit der genannten Festlegung hat sich gleich sehr stark entwickelt, und die Bank konnte erhebliche Beträge placieren. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes wurde auch nicht beeinträchtigt dadurch, dass die Seehandlung den Verkauf neuer 5%iger dreijähriger Schatzscheine gegen ihre per 1 Mai 1917 verfallenden 4%igen in diesen Tagen mit grossem Erfolge aufgenommen hat. Es zeigt sich, dass für beide Anlagegelegenheiten wiederum reichliche Mittel vorhanden sind.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

„Tage des Krieges“ militärische und politische Betrachtungen 1914—1916. Von Major E. Morath. Mit zwei farbigen Karten vom östlichen und westlichen Kriegsschauplatze und 42 Kartenskizzen im Tex. Berlin 1916. Hutten-Verlag G. m. b. H. Preis: Beide Bände broschiert 10,— M. eleg. geb. 12,— M

I. Band: Die Vorbereitungen. — Die Kampfkraft des russischen Heeres. — Der Durchmarsch durch Belgien. — Die belgische Kriegsmacht. — Die Eroberung von Lüttich. — Der Sieg bei Mühlhausen. — Die russische Armee. — Der Franktireurkrieg. — Deutsch-österreichungarische Waffenbrüderschaft. — Brüssel — Die Schlacht bei Metz. — Der Sieg zwischen Metz und Vogesen. — Die Verfolgung im Westen. — Die russische Offensive. — Die Einnahme der Festung Namur und Longwy. — Der Sieg bei Ortelsburg (Tannenberg). — Die Bedeutung der östlichen Siege — Die Niederlagen der Franzosen und Russen. — Antwerpen. — Dumdumgeschosse. — Schwierige Lage um Lemberg. — Maubeuge. — Vor Paris, Verdun und dem Njemen. — Generaloberst von Hindenburg. — Das Kampffeld zwischen Oise und Maas. — Das Entscheidungsringen — Der Drehpunkt der Heere. — Der Fall des Sperrforts Camp des Romains. — Die Heere in Galizien. — Wem winkt der Sieg? — Von sechs Kriegsschauplätzen. — Die britischen Absichten auf Deutsch-Südwestafrika. — An Somme, Maas und Njemen. — Antwerpens Fall. — An der ostpreussischen Grenze. — Die Einkreisung Ostendes. — Die Hauptschlacht an der Weichsel. — Das Eingreifen der Türkei in den Krieg. — Das rüstende England. — Die militärische Lage bei den Dardanellen und im Kaukasus. — Der türkische Vormarsch auf Aegypten. — Lord Roberts. — Der Krieg in Polen, Belgien und Frankreich. — Der gescheiterte russische Kriegsplan. — Die Niederwerfung Serbiens. — Die Absetzung Rennenkampfs. — Der österreichisch-ungarische Sieg in Westgalizien und der Rückzug der Russen. — Siege von Nieuport bis St. Mihiel. — Der türkische Feldzug am Kaukasus und in Persien. — Die deutschen Erfolge auf der ganzen Front. — Die Winterschlacht in Masuren. — Der Kampf um die Dardanellen. — Die Winterschlacht in der Champagne. — Der Fall Przemysls. — Bei Erzherzog Friedrich — Die Erfolge der Osterschlacht. — Die günstige Kampflage in den Karpathen. — England im Krieg. — Der Sieg bei Ypern. — Die östlichen Kämpfe. — Die Kriegslage im Westen.

Band II. Mit 5 farbigen Karten vom italienischen, türkischen, westasiatischen, ägyptischen und Balkan-Kriegsschauplatz und 30 Kartenskizzen, enthaltend die Kampfplätze im Bewegungs- Stellungs- und Festungskrieg. — Der Sieg in Westgalizien. — Deutschlands und Oesterreich-Ungarns günstige Kriegslage — Das Ringen vor Ypern. — Das italienische Heer. — Die russische Flucht und der italienische Vormarsch. — Der Sturm auf Przemysl und Stryj. — Die Wiedereroberung von Przemysl. — Lemberg erobert. — Die schleppende italienische Offensive. Heeresfürsorge im Felde. — Der andauernde russische Rückzug — Die russische Erinnerung an 1812. — Die Umklammerung der Russen. — Durchbruch und Verfolgung im Osten. — Die geschlagene Strategie des Grossfürsten. — Brest-Litowsk. — Die russische Generalität unter dem Oberbefehl des Zaren. — Lord Kitchener redet. — Nach der Einnahme von Wilna. — Die bulgarische Armee. — Die Durchbruchsversuche im Westen. — Die Kämpfe in Frankreich und Serbien. — Die Umklammerung der Serben. — Millerands Rücktritt als Kriegsminister. — Die Eroberung von Nis. — Die „Hilfe“ für Serbien. — Der Abschluss der grossen Operationen gegen Serbien. — Die Wirkung der englischen Wehrpflicht — Die Beförderung des Sir John French. — Die Kriegslage am Balkan — Englands Organisationspläne und der russische Ansturm. — Die Mittel zur Fortführung des Krieges. — Der Krieg in Montenegro.

Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. Berufsvereinigung der kaufmännischen Angestellten in Handel und Industrie. Rechenschaftsbericht über das Jahr 1915 mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsarbeiten. Leipzig 1916. Buchverlag des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen. Preis 50 ₰.

Innere Verwaltung. — Gewinn- und Verlustkonto. — Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auskunfts- und Rechtsschutztätigkeit. Rechtsberatung. — Stellenvermittlung. — Hinterbliebenengeld. — Unterstützungskasse. — Witwen- und Waisenkasse. — Altersversorgungs- u. Invaliditätskasse. — Kranken- u. Begräbniskasse des V. D. H. „Ersatzkasse“ zu Leipzig.

Die Strafe Amerikas. Von *** Berlin-Leipzig 1916. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Preis 60 ₰.

Amerika vor dem Kriege. — Amerika nach dem Kriege. — Amerikas Kampf ums Dasein.

Volksversorgung durch Zwang oder durch Freiheit. Sammlung von Aufsätzen zu unserer Nahrungsmittelpolitik. Von G. W. Schiele. Naumburg a. S. Mai 1916. Nach der amtlichen Genehmigung wird dieses Heft erscheinen im Verlag von J. F. Lehmann, München.

Brief. — Die Nützlichkeit gesetzlicher Preisnormierungen. — Milchpreise. — Konsumentenphilosophie. — Brief. — Denkschrift über unsere gegenwärtige Nahrungsmittelpolitik. — Politik der wirklichen Preisregulierung. — Arm und Reich. — Kriegswucher. — In der Funktion des Preises in der Volkswirtschaft — Vom neuen Preisniveau. — Wo sitzt der Wucherer? — Vom Kriegssozialismus im dritten Wirtschaftsjahr. — Schienenstrang gegen Seefahrt.

Studien zur künftigen Handelspolitik der Monarchie. I. Teil. Von Dr. Gustav Stolper. Sonderdruck aus dem „Oesterreichischen Volkswirt“. Wien 1916. Verlag des „Oesterreichischen Volkswirt“.

Mitteleuropa. — Mitteleuropäische Handelspolitik. — Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland vor dem Krieg. — Politik und Wirtschaft. — Autarkie. — Autarkie und Welthandel. — Der mitteleuropäische Binnenverkehr. — Die Grundlagen der künftigen Wirtschaftspolitik. — Kriegskostendeckung und Vorratsergänzung. — Unterbrochene Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung. — Die Umwälzung auf dem Kapitalmarkt. — Dauernde Wirkungen der Kriegswirtschaft. — Technik und politische Reform.

Wie der Feldgraue spricht. Scherz und Ernst in der neuesten Soldatensprache. Von Karl Bergmann. Giessen 1916. Verlag von Alfred Töpelmann. Preis 80 ₰.

Von neuen und alten Geschütznamen. — Handgranaten und Minen. — Von der „Stottertante“. — Verwundungen und Krankheit. — Der Soldat und der Feind. — Noch ein Feind. — Wie sich unsere Soldaten mit den fremden Sprachen abfinden. — Soldatengeographie. — Vom ungebildeten Landsturm oh weh und anderen Necknamen. — Die Feldflieger und ihre „aufgeblasene Konkurrenz“. — Etwas vom Essen und Trinken und von Liebesgaben. — Die Zukunft der neuesten deutschen Soldatensprache. — Aufruf zur Mitarbeit an der Sammlung der deutschen Soldatensprache. — Gebiete, für die eine Sammlung der Soldatenwörter besonders willkommen ist.

Wanderungen und Stadtkultur. Eine bevölkerungspolitische und sozial-ethische Studie von Dr. oec. publ. P. Beusch. M.-Gladbach 1916. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. Preis 1.90 *M*, geb. 2.40 *M*.

Allgemeines. — Das Wachstum der deutschen Bevölkerung im letzten Jahrhundert. — Die Auswanderung. — Die Einwanderung. — Die Gebürtigkeit der deutschen Bevölkerung als Gradmesser der Binnenwanderung. — Die Gebürtigkeit der Dienstboten. — Die Wanderungen der Arbeiterschaft. — Bevölkerungsmischung durch die Binnenwanderungen. — Die Stadt und das Wanderproblem. — Das Anwachsen der Grossstädte. — Die Gebürtigkeit der Grossstadtbevölkerung. — Die Zuwanderung der Arbeiter in die Grossstädte. — Der jährliche Zu- und Fortzug in einigen deutschen Grossstädten — Die Umzugshäufigkeit in den Städten. — Der Fremdenverkehr. — Die Anhäufung der Bevölkerung im Umkreis deutscher Städte. — Die Pendelwanderungen vom Wohnort zum Arbeitsort. — Ursachen der Binnenwanderung. — Bedeutung der Binnenwanderungen und der Städteentwicklung. — Was kann geschehen, um schädliche Folgen der Binnenwanderungen hintanzuhalten? — Anhang: Gebürtigkeitstabelle. — Literatur.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Berlin 1916. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H. Preis für das Einzelheft 60 ₰.

Heft 15. Zur Wiederkehr des 4. August. Von Max Cohen-Reuss. — Die wirtschaftliche (marxistische) und die formalpolitische Auffassung der Kolonialpolitik. Von Max Schippel. — Der russisch-japanische Vertrag. Von Dr. Ludwig Quessel. — Qualitätsarbeit und Arbeiterklasse. Von Theodor Leipart. — Jean Jaures' letzte Tat. Von Max Hochdorf.

Die Kriegsziele unserer Feinde. Von Dr. Fr. W. Frhr. von Bissing, o. Professor a. d. Universität München, Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, z. Zt. beigegeben der Zivilverwaltung des K. D. General-Gouvernements von Belgien in Brüssel. Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber: Dr. Franz von Mammen. Heft 20. Dresden und Leipzig 1916. „Globus", Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis 2 *M.*

Wenn der Friede kommt. Sozialpolitische und wirtschaftliche Forderungen der deutschen Handlungsgehilfen für die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Eine Denkschrift an die deutschen Gesetzgeber vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband. Hamburg 1916. Verlag Deutsch-nationale Buchhandlung G. m. b. H. Preis 50 ₰.

Einleitung. — Massnahmen zum Schutze der heimkehrenden Krieger vor wirtschaftlicher Not. — Massnahmen zur Förderung der Volkswohlfahrt, Erhaltung und Mehrung der Volkskraft (Bevölkerungspolitik). — Fortführung der Sozialpolitik. — Sonstige Wünsche.

Lichtbilder- und Kinovorträge im Dienste des Unterrichtes. Von Professor J. Ph. Wagner. Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber: Professor Dr. Franz von Mammen. Heft 14. Dresden und Leipzig 1916. „Globus", Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis 60 ₰.

Die Hauptsysteme der Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre. Von Dr. Paul Gutbier. Berlin 1916. Verlag Kameradschaft, Wohlfahrtsgesellschaft m. b. H. Preis 1.25 *M.*

Einleitendes. — Das natürliche Handelssystem. — Das Merkantilsystem. — Kritik des Merkantilsystems. — Folgen des Ueberganges zum Merkantilsystem. — Das Merkantilsystem in England. — Colberts Handels- und Zollpolitik. — Die Physiokraten. — Kritik des physiokratischen Wirtschaftssystems. — Wirkungen der Lehren der Physiokraten. (Adam Smith). — Die Adam Smithschen Lehren. — Kritik der Smith'schen Lehren. — Folgen der Smith'schen Lehren (Adam Müller). — Friedrich List. — Die Sozialtheorien des 19. Jahrhunderts. Die französischen Sozialisten. (Rousseau, Saint-Simon, Proudhon, Fourier). — Der deutsche Sozialismus. (Friedrich Engels, Rodbertus, Karl Marx). — Die deutsche Sozialdemokratie. (Lassale). Das Erfurter Programm). — Irrtum und Endziel des demokratischen Sozialismus. (August Bebel). — Der moderne Sozialismus und der Staatssozialismus.

Durch die Bank. Ein Unterweisungsbuch für jedermann, besonders für die Frauenwelt und den Klassenunterricht. Ein Beitrag zur Bürgerkunde. Von Eduard Mathy, Bankdirektor. Strassburg-Elsass 1916. Ludolf Beust Verlagsbuchhandlung. Preis 1.— *M.*

Zahlungsverkehr. — Kapitalanlage. — Vermögensverwaltung. — Sachregister.

Handbuch für junge Kaufleute. 7. Auflage der „Winke für junge Kaufleute". Bearbeitet von dem Vorstand und Lehrern der Städtischen Handelsschule in Stuttgart. Herausgegeben vom Stuttgarter Handelsverein. Stuttgart 1916. J. B. Metzler'sche Buchhandlung. Preis 3 *M.*

Die geschichtliche Entwicklung des Handels. — Die Grundlagen des Wirtschaftslebens. — Das Geldwesen. Das Mass- und Gewichtswesen. — Das Kreditwesen. — Das Bankwesen. — Die Zahlungsgeschäfte der Banken. — Die Kreditgeschäfte der Banken. — Die Wertpapiergeschäfte der Banken. — Das Börsenwesen. — Das Versicherungswesen. — Die Personenversicherung. — Die Güterversicherung. — Die Vermögensversicherung. — Das Recht des Kaufmanns. — Das Handelsrecht. — Das Zivilprozessrecht. — Das Konkursrecht. — Das deutsche Gerichtswesen. — Der Wechsel-, Scheck- und Postscheckverkehr. — Der Nachrichten- und Güterverkehr. — Der kaufmännische Briefverkehr. — Die kaufmännische Buchführung. — Bestand-Rechnungen. — Die Reinvermögens- (Kapital-) Rechnung. — Die Ergebnis-Rechnung.

Vorschläge zur Verdeutschung entbehrlicher Fremdwörter im Versicherungswesen. Im Auftrage eines Ausschusses von Fachkundigen herausgegeben vom Geheimen Regierungsrat Dr. Karl Samwer (Gotha). Veröffentlichungen des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. phil et. jur. Alfred Manes, Geschäftsführer des Vereins. Heft XXVII. Berlin 1916. Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Königliche Hofbuchhandlung. Preis 1.— *M*, für Mitglieder des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaft 50 ₰.

Juristische Wochenschrift. Herausgegeben vom Deutschen Anwaltverein. Justizrat Julius Magnus, Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin, Dr. Heinrich Dittenberger, Rechtsanwalt beim Landgericht, Leipzig. Unter Mitwirkung von Geh. Justizrat Dr. Eugen Fuchs, Rechtsanwalt beim Kemmergericht, Berlin, und Dr. Max Hachenburg, Rechtsanwalt beim Landgericht, Mannheim. Berlin 1916. W. Möser, Buchhandlung. Preis für den Jahrgang 20.— *M.*

Die zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen vor und nach dem Kriege. Von Geh. JR. Dove. — Der Ausschluss des Rechtsweges bei Requisitionen in Feindesland. Von Professor Dr. Ludwig Beer. — Die Minderheitsrechte der Aktionäre und das Reichsgericht. Von JR. Albert Pinner. — Die Hypothekenverordnung vom 8. Juni 1916. Von RA. u. Privatdozent Dr. Arthur Nussbaum.

Festschrift für Lujo Brentano zum siebzigsten Geburtstag. München und Leipzig 1916. Verlag von Duncker & Humblot. Preis geh. 15,— *M*, geb. 20,— *M.*

Vorwort. — Das Gleichgewicht der beim Arbeitsvertrag mitwirkenden Kräfte und die moderne Auffassung vom Arbeitsvertrag. Von Dr. S. N. Angelescu, Bukarest. — Begriffliches und Kritisches über das Moratorium. Von Dr. Welimir Bajkitsch, Belgrad. — Die Idee der Selbstgenügsamkeit. Von Professor Dr. M. J. Bonn, München. — Zur Frage der Vermögensbewertung in den Bilanzen. Von Dr. Siegfried Buff, München. — Die Mobilisierung des bäuerlichen Kredits durch die Bauernbefreiung, gezeigt an einem Beispiel. Von Professor Dr. Arthur Cohen, Pullach bei München. — Nationalökonomie und Willensfreiheit. Von Dr. Robert Drill, Frankfurt a. M. — Zur Lehre vom auswärtigen Handel. Von Professor Dr. Joseph Bergfried Esslen, Berlin. — Alter und Familienstand der organisierten Arbeiter. Von Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Charlottenburg. — Ueber einige internationale Aufgaben der Sozialstatistik und Sozialpolitik. Von Professor Dr. A. Günther, Berlin. — Das Wesen der Politik. Von Dr. Ludo M. Hartmann, Wien. — Die Geschichte der Nationalökonomie. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Heinrich Herkner, Charlottenburg. — Organisationsprobleme der „freien Berufe". Von Dr. Theodor Heuss, Heilbronn. — Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Von Professor Dr. Edgar Jaffé, München. — Die Unzweckmässigkeit der Befreiung der amerikanischen Küstenschiffahrt von den Kanalgebühren. Von Prof. Dr. Emory R. Johnson, Philadelphia. — Das Objekt des Tauschwerts. Von Professor Dr. Rudolf Kaulla, Stuttgart. — Die Berufsarbeit der bäuerlichen Ehefrau im rechtsrheinischen Bayern. Mit besonderer Berücksichtigung der drei südbayrischen Kreise. — Von Dr. Rosa Kempf, Frankfurt a. M. — Die Transhumanz im Mittelmeergebiet. Eine wirtschaftsgeographische Studie über den Seminomadismus. Von Prof. Dr. R. Leonhard, München. — Zur Lehre vom „Steuereinmaleins". Von Prof. Dr. Walter Lotz, München. — Sur la liberté. Von Prof. Dr. Ernest Mahaim, Lüttich. — Zur Frage von Kapitalbildung und Kapitalbedarf in Deutschland. Von Professor Dr. P. Mombert, Freiburg

i. Br. — Ueber das ökonomische Wesen der Versicherung. Von Dr. Frh. Raymund de Waha, Köln. — „Wirtschaftswissenschaft“ Von Professor Dr. Gerhard von Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. Br. — Entwicklungsgeschichte des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom. Von Dr. K. A. Wieth-Knudsen, Kopenhagen. — Der Nationalökonom als Arzt. Prolegomena. Von Prof Dr. Robert Wilbrandt, Tübingen.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Adlerbrauerei vorm. Rudolph Dorst Akt.-Ges., Düsseldorf, 3. 1. 17, 28. 12., 29. 11. ● Actien Bierbrauerei Hamburg, 5. 1. 17, 4. 1. 17, 7. 12. ● Actien-Gesellschaft Görlitzer Maschinenbau-Anstalt und Eisengiesserei, Görlitz, 9. 1. 17, 5. 1. 17, 13. 12. ● Actien-Gesellschaft Schlossbrauerei Schöneberg, Berlin-Schöneberg, 30. 12., 28. 12., 14. 12. ● Actien-Gesellschaft Neusser Hütte, Neuss, 27. 12., —, 5. 12. ● Actien-Verein der Zwickauer Bürgergewerkschaft, Zwickau, 2. 1. 17, —, 20. 11. ● Aktien-Bierbrauerei Wittenberg, Aktiengesellschaft, Wittenberg, 29. 12., —, 8. 12. ● Aktienbrauerei Bavaria, Posen, 23. 12., 19. 12., 4. 12. ● Aktienbrauerei Helmbrechts A.-G., Helmbrechts, 28. 12., —, 8. 12. ● Aktienbrauerei Mindelheim A.-G., Mindelheim, 10. 1. 17, 6. 1. 17, 12. 12. ● Aktienbrauerei Rinteln, Rinteln, 23. 12., 22. 12., 5. 12. ● Aktiengesellschaft des Altonaer Schauspielhauses, Altona, 28. 12., —, 27. 11. ● Aktien-Gesellschaft H. F. Eckert, Berlin, 10. 1. 17, 6. 1. 17., 14. 12. ● Aktiengesellschaft „Greifenhagener Kreisbahnen“, Greifenhagen, 29. 12., 27. 12., 28. 11. ● Akitengesellschaft Carbidwerk Lechbruck, Augsburg, 8. 1. 17, 5. 1. 17, 7. 12. ● Aktiengesellschaft Chromo, Altenburg S.-A., 13. 1. 17, 27. 12., 23. 11. ● Aktiengesellschaft Emscherhütte Eisengiesserei und Maschinenfabrik vorm. Heinrich Horlohé i. L., Duisburg-Ruhrort, 30. 12., 24. 12., 7. 11. ● Aktiengesellschaft für Ozonverwertung i. L., 30. 12., 26. 12., 8. 12. ● Aktien-Gesellschaft für Stickstoffdünger, Knapsack, Bez. Cöln/Rh., 28. 12., 22. 12., 5. 12. ● Aktien-Gesellschaft Kostener Kreisbahnen, Kosten, 27. 12., —, 6. 12. ● Aktiengesellschaft Brauerei Mutzig vorm. J. Wagner, Mutzig, 22. 12., —, 7. 12. ● Aktien-Gesellschaft Adolph H. Neufeldt, Metallwarenfabrik & Emaillierwerk, Elbing, 30. 12., 26. 12., 6. 12. ● Aktien-Gesellschaft Peiner Walzwerk, Peine, 22. 12., 18. 12., 6. 12. ● Aktien-Gesellschaft „Verein“, Neuss, 20. 12., —, 15. 12. ● Aktien-Stärke-Fabrik Glüsingen, 28. 12., —, 11. 12. ● Aktienweberei R. Schwartz & Co., Grefrath bei Crefeld, 6. 1. 17, —, 13. 12. ● Altmünster-Brauerei, Aktiengesellschaft, Mainz, 5. 1. 17, 22. 12., 4. 12. ● Apparatebauanstalt u. Metallwerke (vorm. Gebr. Schmidt & Rich. Brauer), Weimar, 28. 12., 22. 12., 23. 11. ●

Balsam-Brauerei, Aktiengesellschaft, Cöln-Mülheim, 30. 12., 26. 12., 27. 11. ● Bauland Seestrasse-Nordpark-Aktiengesellschaft, Berlin, 28. 12., 24. 12., 30. 11. ● Bielefelder Volkskaffeehaus, Aktiengesellschaft, Bielefeld, 27. 12., —, 7. 12. ● Bierbrauerei Aktiengesellschaft vorm. Gebr. Hugger, Posen, 28. 12., 23. 12., 28. 11. ● Bonner Aktien-Brauerei, Bonn-Poppelsdorf, 28. 12., —, 4. 12. ● Brandenburgische Carbid- und Elektricitäts-Werke A.-G., Berlin, 4. 1. 17, 3. 1. 17, 14. 12. ● Brauerei Gebrüder Lutz, Aktiengesellschaft, Saarburg i. Lothr., 22. 12., —, 4. 12. ● Brauerei Jaenisch A.-G., Kaiserslautern, 30. 12., 26. 12., 11. 12. ● Brauerei W. Isenbeck & Co., Actien-Gesellschaft, Hamm, Westf., 10. 1. 17, 5. 1. 17, 9. 12. ● Brauerei vorm. M. Armbruster & Co., A.-G., Offenburg, 25. 1. 17, 20. 1. 17, 11. 12. ● Brennerei Osterland Actien-Gesellschaft, Gera/R., 29. 12., —, 12. 12. ● Brieger Stadtbräuerei, Aktiengesellschaft, Brieg, 10. 1. 17, 6. 1. 17, 13. 12. ● Bremer Brauerei A.-G., Bremen, 29. 12., 23. 12., 8. 12. ● Bremer Holzmehlmühle, Aktiengesellschaft i. L., Bremen, 23. 12., 19. 12., 2. 12. ● Bruchsaler Brauerei, A.-G., Bruchsal, 10. 1. 17, —, 29. 11. ● Bühring Aktiengesellschaft, Landsberg, Bez. Halle a. d. Saale, 12. 1. 17, 8. 1. 17, 5. 12. ● Bürgerliches Brauhaus, Ingolstadt, 23. 12., —, 5. 12.

Chamotte- und Dinaswerke Birschel ß Ritter, Aktiengesellschaft, Erkrath, 22. 12., 19. 12., 2. 12. Continental-Telegraphen-Compagnie, Aktiengesellschaft, Berlin, 5. 1. 17, 2. 1. 17, 5. 12. ● Corona, Fahrradwerke, Metallindustrie, Aktiengesellschaft, Brandenburg a. H., 8. 1. 17, 4. 1. 17, 13. 12. ● Crusauer Kupfer- & Messingfabrik A. G., Hamburg, 30. 12., 28. 12., 13. 12.

Dampfbrauerei Zwenkau A.-G., Zwenkau, 21. 12., —, 5. 12. ● Danziger Theater, Aktiengesellschaft, Danzig, 29. 12., —, 4. 12. ● Deutsche Thermophor Aktiengesellschaft i. L., Audernach, 30. 12., 24. 12., 11. 12. ● Deutsches Opernhaus Betriebs-Akt.-Ges., Charlottenburg, 30. 12., —, 13. 12. ● Dortmunder Verkaufs-Verein für Ziegeleifabrikate, Actien-Gesellschaft, Dortmund, 30. 12., —, 13. 12. ● Dortmunder Victoria-Brauerei, Aktiengesellschaft, Dortmund, 6. 1. 17, 3. 1. 17, 8. 12. Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft, Ratingen, 8. 1. 17, 1. 1. 17, 11. 12.

Elberfelder Papierfabrik, Aktiengesellschaft, Elberfeld, 29. 12., 23. 12., 6. 12. ● Elektrische Kraftversorgung-Aktien-Gesellschaft, Mannheim, 22. 12., —, 4. 12. ● Edinger Aktienbrauerei vorm. Gräfl. von Oberndorff'sche Brauerei, Edingen a. N., 28. 12., —, 8. 12. ● Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, Berlin, 28. 12., 21. 12., 8. 12. ● Eisemann-Werke, Aktiengesellschaft, Stuttgart, 28. 12., 21. 12., 8. 12. ● Eisenwerk Willich, Aktien-Gesellschaft, Hoerde-Dortmund, 29. 12., 23. 12., 7. 12. ● Erste Elsaessische Mechanische Küferei Aktiengesellschaft vormals Frühinsholz, Schiltigheim, 28. 12., 22. 12., 7. 12. ● Exportbrauerei Teufelsbrücke A.-G., Klein-Flottbeck in Holstein, 18. 12., 16. 12., 2. 12. ● Express-Fahrradwerke A.-G., Neumarkt i. / bei Nürnberg, 17. 1. 17, 11. 1. 17, 14. 12.

Fabrik nietloser Gitterträger A.-G., Düsseldorf, 29. 12., 28. 12., 6. 12. ● Fehr & Wolff, Aktiengesellschaft, Habelschwerdt, 28. 12., 25. 12., 4. 12. ● Filzfabrik Adlershof, Actiengesellschaft, Adlershof, 4. 1. 17, 1. 1. 17, 15. 12. ● „Frankonia“, Schokolade- & Konservenfabrik (vorm. W. H. Wucherer & Cie.) A.-G., Würzburg, 5. 1. 17, 2. 1. 17, 9. 12.

Ganter'sche Brauerei-Gesellschaft A.-G., Freiburg im Breisgau, 16. 12., 12. 12., 2. 12. ● Gaswerk Strassburg A.-G., Strassburg/Els., 4. 1. 17, —, 14. 12. ● Gautinger Immobiliengesellschaft A.-G. i. L., München, 30. 12., 26. 12., 6. 12. ● Georg Gerlach & Co. A.-G., Berlin, 27. 12., 21. 12., 5. 12. ● Germaniabrauerei Akt.-Ges., Hersel b. Bonn, 10. 1. 17, —, 27. 11. ● Th. Groke, Aktiengesellschaft, Merseburg, 28. 12., 22. 12., 5. 12. ● Grosse Casseler Strassenbahn, Aktien-Gesellschaft, Cassel, 11. 1. 17, 6. 1. 17, 9. 12. ● Grossschlachterei, Wurstfabrik und Eiswerke Friedrich Löckenhoff A.-G., Duisburg-Ruhrort, 30. 12., 24. 12., 6. 12. ● Guatemala Plantagen-Gesellschaft, Hamburg, 28. 12., 23. 12., 9. 12.

Hallesche Aktien-Bierbrauerei, Halle a. S., 28. 12., 23. 12., 5. 12. ● Hannoversche Eisengiesserei A.-G., Anderten, 23. 12., —, 5. 12. ●

Hanseatische Plantagen-Gesellschaft Guatemala—Hamburg, Hamburg, 29. 12., 28. 12., 2. 12. ● H. Henninger Reifbräu Aktiengesellschaft, Erlangen, 11. 1. 17, 7. 1. 17, 30. 11. ● W. Hirsch, Aktien-Gesellschaft für Tafelglasfabrikation, Radeberg, 29. 12., 23. 12., 5. 12. ● Hoefel-Brauerei Akt.-Ges., Düsseldorf, 23. 12., —, 5. 12. ● Hofbrauhaus, Aktienbierbrauerei und Malzfabrik, Dresden, 28. 12., —, 7. 12.

Moritz Jahr, Aktiengesellschaft, Gera-Reuss, 28. 12., 21. 12., 12. 12.

Kaiser-Brauerei, Aktiengesellschaft, Brünninghausen b. Dortmund, 13. 1. 17, —, 15. 12. ● Kattowitzer Lagerhaus & Produktenbank, Aktien-Gesellschaft, Kattowitz, 25. 1. 17, 21. 1. 17, 15. 12. ● C. Wilh. Kayser & Co., Akt.-Ges., Berlin, 6. 1. 17, 4. 1. 17, 27. 11. ● Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Bebitz—Alsleben a. S., Halle a. S., 28. 12., 24. 12., 7. 12. ● Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Neustadt Wpr.—Prüssau, 16. 1. 17, 12. 1. 17, 15. 12. ● Kloster- & C. Laupus-Brauerei Aktiengesellschaft, Metternich, 15. 1. 17, 11. 1. 17, 15. 12. ● Klosterbrauerei Aktiengesellschaft Charlottenburg i. L., Berlin, 28. 12., —, 13. 12. ● Kapuzinerbräu-Aktiengesellschaft, Kulmbach, 4. 1. 17, 2. 1. 17, 8. 12. ● Kriegskreditbank für Gross-Berlin, Aktiengesellschaft, Berlin, 4. 1. 17, 30. 12., 2. 12. ● Kornbrennerei & Presshefefabrik A.-G. i. L., Leer, 29. 12., 26. 12., 6. 12. ● Kurland Dampfschiffahrts-Aktien-Gesellschaft, Stettin, 28. 12., —, 30. 11.

Lahrer Brauhaus A.-G., Lahr, 6. 1. 17, 4. 1. 17, 15. 12. ● Landgüteractiengesellschaft, Cöln, 29. 12., 26. 12., 4. 12. ● Langensalzaer Kleinbahn-Aktiengesellschaft, Merseburg, 29. 12., —, 8. 12. ● Lanz-Wery Mähmaschinenfabrik Akt.-Ges., Zweibrücken, 21. 12., —, 2. 12. ● Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz Riebeck & Co., Aktiengesellschaft, Leipzig-Reudnitz, 21. 12., 15. 12., 27. 11. ● Löninger Aktienbrauerei Palmberg A.-G., 3. 1. 17, —, 20. 11. ● Löwenbrauerei Aktiengesellschaft, Berlin, 30. 12., 27. 12., 7. 12. ● Löwenbrauerei vorm. Peter Overbeck (Aktiengesellschaft), Dortmund, 20. 12., 13. 12., 4. 12. ● Lindenbrauerei Unna vorm. Rasche & Beckmann, Aktiengesellschaft, Unna, 6. 1. 17, 31. 12., 8. 12.

Marmor-Industrie Kiefer A.-G., Kiefersfelden, 4. 1. 17, 31. 12., 8. 12. ● Maschinenfabrik Esterer, Aktiengesellschaft, Altottig (Bayern), 17. 1. 17, 13. 1. 17, 15. 12. ● Mechanische Weberei Sorau vorm. F. A. Martin & Co., Sorau N.-L., 6. 1. 17, 2. 1. 17, 13. 12. ● Metallgesellschaft Frankfurt a. Main, 27. 12., —, 11. 12. ● Metall-Industrie Schönebeck Actien-Gesellschaft, Schönebeck a. E., 3. 1. 17, 30. 12., 6. 11. ● Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter A.-G., Frankfurt a. Main, 9. 1. 17, 5. 1. 17, 15. 12.

Gebr. Niemann, Aktiengesellschaft, Stassfurt, 4. 1. 17, 2. 1. 17, 15. 12. ● Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg, 18. 12., 14. 12., 2. 12. ● Norddeutsche Kabelwerke, Aktiengesellschaft, Neukölln, 8. 1. 17, 4. 1. 17, 11. 12. ● Neue Selterser Mineralquelle A.-G., Selters a. Lahn, 20. 12., 15. 12., 5. 12. ● Neufang-Jaenisch, Brauerei-Aktiengesellschaft, Saarbrücken, 29. 12., 27. 12., 6. 12. ● Neunkircher Thonwerke, Aktiengesellschaft, Neunkirchen, 6. 1. 17, 4. 1. 17, 9. 12. ● Neisser Kreisbahn-Aktiengesellschaft, Neisse, 22. 12., 18. 12., 5. 12.

Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G., Berlin-Friedenau, 11. 1. 17, —, 8. 12. ● Osuna Rochela Plantagen-Gesellschaft, Hamburg, 28. 12., 23. 12., 2. 12.

Pantherwerke Aktiengesellschaft, Braunschweig, 5. 1. 17, 3. 1. 17, 7. 12. ● Parkettfabriken Rosenheim-Langenargen, A.-G., Rosenheim-Langenargen, 18. 12., —, 2. 12. ● Peiner Walzwerk, Peine, 22. 12., 18. 12., 4. 12. ● Plohner Bierbrauerei, Aktiengesellschaft, Plohn b. Lengenfeld i. V., 27. 12., 22. 12., 2. 12. ● Pommersche Provinzial-Zuckersiederei, Stettin, 30. 12., 27. 12., 9. 12. ● Preussische Immobilien-Gesellschaft, Berlin, 30. 12., —, 2. 12.

A. Radicke, Aktiengesellschaft, Berlin, 3. 1. 17, 30. 12., 11. 12. ● E. M. Raetz, Aktiengesellschaft i. L., Cöln-Merheim, 2. 1. 17, 29. 12., 4. 12. ● Hotel Reichshof, Aktiengesellschaft, Hamburg, 28. 12., 27. 12., 5. 12. ● Rositzer Zucker-Raffinerie, Rositz S.-A., 6. 1. 17, 2. 1. 17, 15. 12.

Sächsische Turbinenbau- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. A. Kuhnert & Co., Berlin, 28. 12., 23. 12., 9. 12. ● „Siemens“ Elektrische Betriebe Aktiengesellschaft, Berlin, 28. 12., 24. 12., 8. 12. ● Spandau-West, Aktiengesellschaft für Grundstückverwertung, Berlin, 22. 12., 18. 12., 4. 12. ● Spinnerei Schoubart A.-G., St. Kreuz i. Elsass, 28. 12., 24. 12., 8. 12.

Schillertheater-Aktiengesellschaft, Berlin-Charlottenburg, 21. 12., 16. 12., 4. 12. ● Schlegel-Brauerei A.-G., Bochum, 29. 12., 23. 12., 7. 12. ● Gebrüder Schöndorff, Aktiengesellschaft, Düsseldorf, 22. 12., 20. 12., 6. 12. ● Schönheider Bürstenfabrik, Aktien-Gesellschaft, vorm. F. L. Lenk, Schönheide im Erzgebirge, 21. 12., 23. 12., 7. 12. ● Schrauben- und Mutternfabrik vorm. S. Riehm & Söhne A.-G., Berlin und Görlitz, Berlin, 21. 12., 16. 12., 4. 12. ● Louis Schwarz & Co., Aktiengesellschaft, Dortmund, 10. 1. 17, 6. 1. 17, 15. 12.

Stärke-Zuckerfabrik Actiengesellschaft vorm. C. A. Koehlmann & Co., Frankfurt/Oder, 4. 1. 17, 2. 1. 17, 5. 12. ● Steiger-Brauerei, A.-G. vorm. Gebr. Treitschke, Erfurt, 5. 1. 17, 3. 1. 17, 15. 12. ● Sternbräu—Dettelbach am Main, 28. 12., —, 7. 12. ● Stifts-Brauerei Actien-Gesellschaft vorm. Ed. Frantzen und Bürgerliches Brauhaus, Hoerde, 30. 12., 28. 12., 27. 11. ● Stuttgarter Eisfabrik Aktiengesellschaft i. L., Stuttgart, 29. 12., —, 9. 12. ● Styrumer Eisenindustrie i. L., Oberhausen (Rhld.), 28. 12., 24. 12., 8. 12.

Terrain-Aktiengesellschaft Tiepolt-Hardershof, Königsberg/Pr., 9. 1. 17, 6. 1. 17, 5. 12. ● Thüringer Export-Bierbrauerei Neustadt- (Orla), 29. 12., 23. 12., 6. 12. ● Tilsiter Aktien-Brauerei, Tilsit, 28. 12., 21. 12., 6. 12.

Unionsbrauerei Schülein & Co., A.-G., München, 10. 1. 17, 6. 1. 17, 9. 12. ● „Union“, Fabrik chemischer Produkte, Stettin, 8. 1. 17, 5. 1. 17, 8. 12.

Vereinigte Dampfziegelwerke Schwandorf, Aktiengesellschaft, Schwandorf, 9. 1. 17, 5. 1. 17, 12. 12. ● Vereinigte Eisenacher Brauereien Petersburger- & Schlossbrauerei A.-G., Eisenach, 6. 1. 17, 30. 12., 2. 12. ● Vereinigte Servais-Werke A.-G., Ehraug, 5. 2. 17, 2. 2. 17, 27. 11. ● „Visurgis“ Heringsfischerei A.-G., Bremen-Nordenham, 5. 1. 17, 2. 1. 17, 8. 12.

Waggonfabrik Actien-Gesellschaft vorm. P. Herbrand & Cie., Cöln-Ehrenfeld, 28. 12., 21. 12., 5. 12. ● Waggon- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vorm. Busch, Bautzen, 13. 1. 17, 7. 1. 17, 14. 12. ● Werkzeugmaschinen-Aktiengesellschaft, Cöln, 9. 1. 17, 5. 1. 17, 13. 12. ● Westfälische Kleinbahnen-A.-G., Essen-Ruhr, 20. 12., 16. 12., 2. 12.

Zuckerfabrik Stuttgart, Stuttgart-Cannstadt, 27. 12., 23. 12., 2. 12.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Dr. P. Ertel-Berlin.